Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint Werktags nachm. Bezugspreis frei Haus monatl. 1000 M., durch die Post 1000 M. ohne Zustell.-Gebühr. Druck u. Verlag: Produkt.-Genossensch. i. d. Bezirk Halle-Merseburg, e.G.m.b.H. Halle, Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1045. 1047. 2251. Schriftleitung: Sprechzeit 12—1 u. 4—5 Uhr

Mit der Zeitung „DAS WORT" als Beilage

Der Anzeigenpreis beträgt 35 M. für den Millimeter Höhe und Spalte, 200 M. für Reklame, amtlich. an den dreigespaltenen Textteilteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten. Bankkonto: Commerz- und Privatbank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 68. Fritz Kroß, Halle

Einzelpreis 40 Mark | **Mittwoch, den 3. Januar 1923** | **3. Jahrgang. Nr. 2**

Die Schutzpolizei soll verkauft werden!

Die Schutzpolizei war bis vor nicht langer Zeit in zwei sich feindlich gegenüberstehende Verbänden organisiert, in dem mehr links orientierten Schraderverband und in dem sogenannten „Grünen Verband".

Von den Rechtskreisen wurde dann natürlich der Schraderverband als disziplinzersetzend und für die Polizeibeamtenschaft nicht geeignet angegriffen, während der „Grüne Verband" bis in den siebenten Himmel gelobt wurde. Heute verstehen wir, warum die Schwerindustrie durch ihre Vertreter im Parlament den „Grünen Verband" so schätzte und protegierte.

Welch inniges Verhältnis zwischen dem „Grünen Verband" und dem großagrarischen Landbund besteht, darauf wurde früher schon verwiesen. Nunmehr steht fest, daß der „Grüne Verband" außerordentlich reichlich von der Schwerindustrie finanziert wird, und da wir keinen Grund haben anzunehmen, daß die Kapitalisten auf einmal aus purer Menschlichkeit Geld geben, wäre es interessant zu wissen, was der „Grüne Verband" als Gegenleistung versprochen hat. Von dem preußischen Ministerium des Innern und den „demokratischen" Parteien erwarten wir allerdings keine Aufklärung. Wundern muß uns nur, daß nachdem nunmehr die Vereinigung der beiden Polizeibeamtenverbände erfolgt ist, der bisherige Schraderverband noch nicht hierzu Stellung genommen hat, obwohl er doch sicherlich davon weiß.

Unter dem Protektorat des angeblich „demokratischen" Kommandeurs der Berliner Schutzpolizei, Polizeioberst Kaupisch, und des ehemaligen Polizeioberst Friederichs aus dem Ministerium des Innern von Preußen, geht seit längerer Zeit an alle Großindustriellen ein Schreiben heraus, dem wir nachstehendes wörtliche Zitat entnehmen:

„... Die wirtschaftliche Lage eines Teils der Schutzpolizei ist überaus trostlos und nur, wer in die inneren Verhältnisse dieser still arbeitenden Beamtengruppe Einblick gewonnen hat, vermag zu beurteilen, welche Mühe unsere verheirateten Kollegen haben, um sich und ihre Familien durch die schlimmen Zeiten rastloser Geldentwertung durchzubringen und wie sie die Sorge bedrückt, wer nach ihrem Tod für ihre Angehörigen sorgt.

Es muß einmal ausgesprochen werden, das Pflichtgefühl dieser Beamtengruppe, die ihr Leben stündlich aufs Spiel setzt, ist bis an die äußerste Grenze belastet ....

Soll der von äußeren und inneren Feinden bedrängte Staat die neuen drohenden Krisen überwinden, so muß die Dienstfreudigkeit der Exekutivbeamten gewahrt und gehoben werden. Der Staat vermag es nicht, da es ihm an Mitteln fehlt ...

Zur Aufbringung der notwendigen Mittel ... wendet sich der Berufsverband notgedrungen mit einem Appell an die Einsichtigen (soll heißen: „zahlungsfähigen" D. Red.) Kreise unseres Volkes.

Zur Linderung der Not sind zirka 50 Millionen erforderlich ...

Für den Ehrenausschuß: gez. Kaupisch, Pol.-Oberst,
Kommandeur der Schutzpolizei Berlin.

Für die Fachgruppenleitung: gez. Jeske. gez. Dehn.

Auf dieses Schreiben sind von fast allen benachrichtigten Vertretern der Großindustrie, Banken usw., beträchtliche Summen eingegangen, die bereits in die Millionen gehen und über deren Verbleib und Verbrauch wohl die meisten Schutzpolizeibeamten nicht orientiert sind. Auch Stinnes soll einige Millionen in Aussicht gestellt haben; aber unter solchen Bedingungen, daß selbst der „Grüne Verband" bisher verzichtete. Die Unternehmer wissen, was sie tun. Gerade die, die ihren Arbeitern gegenüber am schäbigsten auftreten und führend sind in der wucherischen Preisbildung, zeigen sich hier freigebig. So greifen wir aus den Firmen, die sich an diesem „Hilfswerk" beteiligt haben, nur eine heraus und bringen für alle Fälle gleich den dokumentarischen Beleg:

Aktiengesellschaft für Anilin-Fabrikation, Berlin SO 36.
Tel.: Moritzplatz 4200—4207.

Berlin, 28. November 1922.

An den
Deutschen Polizeibeamtenbund
zu Hd. des Herrn Geschäftsführers Dehn,
Berlin S 14,
Neukölln, Am Wasser 11.

Wir beehren uns, Ihnen mitzuteilen, daß wir dem Postscheckkonto des Herrn Polizei-Oberleutnants Karl Jeske für das Hilfswerk des Preußischen Polizeibeamtenverbandes

100 000 Mark

überwiesen haben und zeichnen

hochachtungsvoll
Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation.
Buchhaltung. gez. Unterschrift (unleserlich)."

Dabei mag auch für die Geldgeber eines interessant sein. Der Einschreiber dieser Summen ist ein früherer Offizier namens Wedel, der für seine selbstlose Tätigkeit „nur" 25 Prozent der eingegangenen Summen erhält.

An den sozialdemokratischen Minister des Innern richten wir die entschiedene Aufforderung, aufzuräumen mit den Beamten, die auf solche Weise bei der Schwerindustrie betteln gehen. Oder sollen wir annehmen, daß diese Sammlung unter der stillschweigenden Billigung Severings erfolgt?

Das einzige Erfreuliche an der Geschichte ist, daß hier vom „Grünen Verband" die elende Lage der Schutzbeamten zugegeben wird. Aber anstatt den Staat zu zwingen, seine Unterbeamten besser zu bezahlen, soll die Schupo sich von der Industrie aushalten lassen, soll sie sich dem Großkapital verpflichten, gegen die „äußeren und inneren Feinde" zu kämpfen. Die Schutzpolizei soll sich verkaufen und als Gegenleistung den Kampf gegen die hungernde Arbeiterschaft aufnehmen.

Die Polizeibeamten müssen die verantwortlichen Personen dieser Sammelaktion abschütteln, die Gelder von sich weisen und in der Oeffentlichkeit erklären, daß sie diese Bettelei, dieses Sichverkaufen, unter allen Umständen mißbilligen. Wir haben das Vertrauen, insbesondere zu der Unterbeamtenschaft der Schutzpolizei in Preußen — wahrscheinlich ist diese Bettelaktion auch in anderen Ländern unternommen worden — daß sie, wenn sie erst in ihrer Gesamtheit davon erfährt, die Konsequenzen aus diesem Manöver ziehen wird.

Für Schupobeamte und Arbeiter kann es nur eines geben: schärfste Zurückweisung der Gelder, die aus der unbezahlten Arbeit der Proletarier erpreßt sind! Entschiedene Forderung an die Regierung, aus Staatsmitteln die unteren Beamten so zu stellen, daß sie nicht auf private Mildtätigkeit angewiesen sind! Zusammenschluß der Arbeiter und Beamten zu einer gemeinsamen Front gegen das Unternehmertum und die zweideutige Haltung der Regierung!

Der „ehrbare Kaufmann" und seine amerikanischen Hintermänner

In seiner Silvesterrede hat Herr Cuno auch auf die Ausführungen angespielt, die der amerikanische Staatssekretär Hughes in Newhaven gemacht hat. Mit der Ehrfurcht, die der ehemalige deutsche Agent der Firma Hartiman für die Dollarkönige besitzt, hat Herr Cuno dem amerikanischen Staatssekretär seine lobende Anerkennung ausgesprochen. Cuno bedauerte, daß ihm der offizielle Wortlaut der Rede von Hughes noch nicht vorlag: „Aber soviel kann ich schon sagen, daß die Gedankengänge des amerikanischen Staatsmannes sich nahe mit unserer Auffassung berühren und wir ihnen aufrichtig ernsteste Beachtung wünschen."

Sind die Ausführungen des amerikanischen Staatssekretärs wirklich für Deutschland so erfreulich, wie der Reichskanzler es meint? Nun, die deutschen Kapitalisten, die Bankiers, die Industrie- und Schiffahrts-Gewaltigen können mit dem amerikanischen Standpunkt sehr zufrieden sein. Die deutsche Arbeiterklasse hat von Herrn Harding ebensowenig zu erwarten wie von Herrn Poincaré. Der politische Zusammenhang der amerikanischen Ereignisse in den letzten Tagen war der folgende: Der Senat in Washington war mit der Beratung des riesenhaften Flottenetats beschäftigt. Bei dieser Gelegenheit brachte der Senator Borah einen Antrag ein, der den Präsidenten aufforderte, eine Weltkonferenz zur Erörterung der Abrüstungs- und Wirtschaftsfragen zu berufen. Borahs Antrag war praktisch ein Versuch, den Wilsonismus in der amerikanischen Politik wieder zur Geltung zu bringen. Hinter dieser Auffassung, die eine aktive amerikanische Einmischung in Europas politische und wirtschaftliche Verhältnisse fordert, stehen jene amerikanische Bank- und Handelskreise, die am europäischen Geschäft besonders interessiert sind. Borah verstand es, seinen Antrag geschickt zu begründen. Die Massen der amerikanischen Bevölkerung seufzen unter der Last der Militär- und Marineausgabe, die auch die berühmte Washingtoner Konferenz des Herrn Harding nicht vermindert hat. Eine wirksame Abrüstung ist aber nur mit Aufrollung der gesamten strittigen Weltfrage zu erzielen. Ueberdies konnte Borah darauf hinweisen, daß die europäischen Gegensätze über kurz oder lang zu einem neuen Krieg führen müssen und von diesem Krieg könnten die Vereinigten Staaten sich ebensowenig fernhalten wie von dem vergangenen Weltkrieg. Es liege also im eigensten Interesse der Vereinigten Staaten, durch eine Weltkonferenz zur Heilung der europäischen Krankheiten beizutragen.

Borah hatte mit seinem Vorschlag nicht viel Glück. Er wurde vom rechten und vom linken Flügel des Senats gleichmäßig bekämpft. Borah hatte gegen sich die Gruppe des reaktionären Industriekapitals, deren Vorführer Senator Lodge ist, aus Gründen, die oft entwickelt wurden. Borah hatte aber auch gegen sich den Sprecher der kleinbürgerlichen kapitalfeindlichen Opposition, den Senator Fasolette. Dieser ist der Meinung, daß eine stärkere Einmischung Amerikas in die europäischen Verhältnisse nur zu größeren Kapitalschiebungen führen und den breiten Massen der Bevölkerung gar nichts nützen würde. So hatte Präsident Harding es leicht, den neuen Vorstoß des Wilsonismus abzumehren. In einem Briefe an Senator Lodge beklagte sich der Präsident darüber, daß der Antrag Borah eine Einmischung in seine Befugnisse, die auswärtigen Verhandlungen zu führen bedeute. Es würden damit nur die Verhandlungen gestört, die zurzeit schweben. Harding meint die Verhandlungen speziell mit der englischen Regierung über die Tilgung der englischen Schuld an die Vereinigten Staaten. Der Präsident fügte hinzu, daß ihm der Kongreß eigentlich die Hand gebunden habe, indem er seinerzeit beschloß, daß die europäischen Staaten ihre Schulden an Amerika in einer Höchstzeit von 25 Jahren zu einem Mindestzinssatz von 4¼ Prozent erledigen müßten.

Unter diesen Umständen trat Senator Borah den Rückzug an; er zog seinen Antrag im Senat zurück. Damit sind die deutschen Gemütspolitiker wieder um eine Hoffnung ärmer geworden. Die Rede des Staatssekretärs Hughes steht nun im Zusammenhang mit diesen Senatsverhandlungen. Hughes bemühte sich, den Antrag Borah noch nachträglich totzuschlagen, indem er versicherte, daß bei solchen großen Weltkonferenzen in der Regel nichts herauskommt. Dafür empfahl er zur Prüfung der Reparationsfrage wieder ein Komitee von europäischen und amerikanischen Sachverständigen einzusetzen. Diese Finanzleute könnten, unbeeinflußt durch politische Stimmungen, die Wirtschaftsprobleme der Reparation studieren. Die Regierungen wären natürlich nicht daran gebunden, ihre Anregungen auch auszuführen.

Die amerikanische Regierung als solche lehnt also eine Einmischung in Europas Verhältnisse ab, schon weil damit ein teilweiser Schuldenerlaß Amerikas an die europäischen Staaten verbunden sein müßte. Aber Amerika ist einverstanden mit einer Auferstehung des Bankierkomitees, d. h. die amerikanische Regierung hat selbstverständlich nichts dagegen, wenn amerikanische Einzelkapitalisten ihre Wuchergeschäfte mit Deutschland machen. Hier ist der Punkt, wo Cuno und Hughes sich treffen. Es gab bisher zwei Lösungen der Reparationsfrage vom kapitalistischen Standpunkt: die eine, die Stinneslösung, sollte das deutsche Proletariat an das französische Industriekapital verkaufen; die andere, die Wirth-Hilferding-Lösung, wollte den Verkauf des deutschen Proletariats an das angelsächsisch neutrale Finanzkapital einleiten. Cunos Bor-

Französisch-englische Verständigung in Paris

Staatssekretär Bergmann nicht zugelassen — Man unterhält sich über Lausanne und die Reparationen — Cunos Vorschläge ungenügend — Vor dem Abschluß des Dardanellen- und Rheingeschäfts auf Kosten Deutschlands

EE. Paris, 2. Januar.

Die Interalliierte Konferenz begann um 2 Uhr unter dem Vorsitz Poincarés. Er hielt die Begrüßungsansprache und gab gleich darauf den Plan der französischen Regierung. Dieser Plan sieht wirtschaftliche und finanzielle Pfänder vor für den Fall, daß Deutschland ein Zahlungsaufschub bewilligt werden sollte.

Der Gang der Verhandlungen wird streng geheim gehalten. Man erfährt lediglich, daß sowohl Poincaré wie auch Bonar Law und Della Toreta in großen Umrissen die Pläne ihrer Regierungen darlegten. Einstimmig entschied die Konferenz dahin, einen mündlichen Vortrag des deutschen Staatssekretärs Bergmann nicht zuzulassen. Dagegen erklärte man sich bereit, schriftlich ausgearbeitete Vorschläge der Reichsregierung einer genauen Prüfung zu unterziehen.

Vor der Konferenz hatte Poincaré eine halbstündige Unterredung mit der englischen Delegation. Man sprach über Lausanne und die Reparationen. Bonar Law und Lord Curzon sollen nach einer Mitteilung des „Intransigeant" die französischen Forderungen als gemäßigt bezeichnen und sich zur Unterstützung des französischen Standpunktes bereiterklärt haben.

Die gesamte Pariser Abendpresse verzeichnet einen Umschwung bei der englischen Delegation zugunsten der französischen Krise, obwohl die Einigung zwischen Frankreich und England noch nicht eine vollständige sei. „Petit Parisien" sieht einen wesentlichen Fortschritt in den leitenden englischen Kreisen hinsichtlich der **Frage der Kontrolle. Man scheine jetzt bereit, Frankreich zu folgen,** wenn es starke Ueberwachung der deutschen Finanzen verlange.

Die wirtschaftlichen Pfänder, deren sofortige Beschlagnahme Frankreich auf dem linken Rheinufer und im Ruhrgebiet vorschlage, schienen keine grundsätzliche Opposition seitens Englands hervorzurufen. Es sei wahrscheinlich, daß man englischerseits zugestehe, die Pfandnahme müsse als notwendig erachtet werden, wenn zu einer späteren Zeit Deutschland sich seinen Verpflichtungen entziehen sollte. Für diesen Fall gehe man gegebenenfalls sogar bis zur Ausdehnung der militärischen Besetzung auf das Ruhrgebiet.

Die „Daily Mail" teilt mit, daß die französischen Vorschläge für die Pariser Konferenz, die gestern veröffentlicht wurden, allgemein einen guten Eindruck auf die englische Delegation erweckt haben. Obwohl keine offiziellen Mitteilungen darüber veröffentlicht wurden, glaubt die Zeitung zu wissen, daß die Vorschläge zu einem neuen französischen Plan für die Erhöhung der deutschen Zolleinnahmen im Rheinland und im Ruhrgebiet von der englischen Delegation warm unterstützt werden.

Protestversammlungen in Paris

(Eigene Drahtmeldung.)

Paris, 3. Januar.

In einem Aufruf der Kommunistischen Partei zu den heutigen Massenversammlungen der Pariser Arbeiter heißt es: Alle Arbeiter werden zu großen Volksversammlungen, die am 3. d. M. stattfinden, eindringlich eingeladen. Die Versammlungen sind einberufen, um gegen die auswärtige Politik der Poincaré-Regierung zu protestieren. Die Bevölkerung von Paris soll bekunden ihre wirkliche Meinung über die Ruhrbesetzung, den Versailler Vertrag, den letzten Pfälzer Streik, die Lage Oesterreichs und die militärischen Operationen der Chauvinisten und der Finanzleute.

(Weitere Meldungen auf Seite 2.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230103-18/fragment/page=0001

schläge in seiner Silvesterrede haben die Bedeutung, daß hier beide Lösungen miteinander vereint werden.

Auf der einen Seite empfiehlt Cuno die Zusammenarbeit der „aufeinander angewiesenen" Industrien Frankreichs und Deutschlands. Aber auf der anderen Seite verlangt er die große internationale Reparationsanleihe, für die gegen angemessenes Trinkgeld wiederum die Industrie Bürgschaft leistet. **Herr Cuno will nach den Grundsätzen des „ehrbaren Kaufmanns" sich mit der einen Hand auf Poincaré stützen und mit der anderen Hand auf Morgan.** Die nötigen Honorare für diese Stützen sollen aber durch Zehnstundentag und völlige Versklavung des deutschen Proletariats aufgebracht werden.

Ob es schon jetzt im Anschluß an die Pariser Konferenz gelingen wird, diesen restlosen Ausgleich zwischen dem englischen und französischen, deutschen und amerikanischen Kapital zu schaffen, ist noch zweifelhaft. Aber auf jeden Fall sind die weltpolitischen Ziele der Cuno-Regierung jetzt klar abgesteckt. Die Stinnesopposition gegen die Reparationspolitik der deutschen Regierung ist nun wirklich überflüssig geworden. Die Sozialdemokratie aber hat sich durch ihre Zustimmung zu der letzten Note der Wirth-Regierung im voraus die Hände gebunden. Schon die nächsten Tage werden zeigen, ob die VSPD. und der ADGB. bereit sind, die Versöhnung zwischen Stinnes und dem französischen Hüttenkomitee auf der einen Seite, und den englisch-amerikanischen Bankiers auf der anderen Seite durch Opferung des Achtstundentages zu erkaufen. Aus diesem Zwang herauskommen kann das Proletariat Deutschlands nur im Rahmen der internationalen Arbeiteraktion gegen Versailles und Kapitalistendiktatur; wie der Berliner Betriebsrätekongreß sie gefordert und das französische Proletariat sie bereits erfolgverheißend eingeleitet hat.

*

Cunos ewiger Friede

Amerikanisches Patronat über das Rheinland

In seiner Silvesterrede hat Cuno mitgeteilt, er habe Frankreich vorgeschlagen, sich gegenseitig zu treuen Händen einer am Rhein nicht interessierten Großmacht für ein Menschenalter, feierlich zu verpflichten, ohne besondere Ermächtigung durch Volksabstimmung gegeneinander keinen Krieg zu führen. Frankreich habe den Vorschlag leider abgelehnt. Dazu erklärt die französische Regierung, daß die dritte Macht, die Vereinigten Staaten — hätte die Anregung Cunos nicht weitergegeben, da es sich nicht um einen festen Plan gehandelt habe; Frankreich hätte also auch nicht ablehnen können. Die deutsche Regierung wiederum behauptet, daß Amerika den Vorschlag doch an Frankreich weitergegeben habe.

Während selbst die „Welt am Montag", die sonst jeden pazifistischen Schwindel ernst nimmt, sich zu Cunos Kriegsverhinderung durch Volksabstimmung zweifelnd verhält, sieht ausgerechnet der „Vorwärts" diesen Teil der Cuno-Rede als den wichtigsten an. Um als Agent der Großen Koalition gegen das von Cuno nunmehr offiziell übernommene Stinnesprogramm nichts sagen zu müssen, preist er den „Friedenswillen" der deutschen Regierung, die den deutschen Arbeitern den Krieg ankündigt.

In Wahrheit steht die Sache so: nicht Volksabstimmungen und andere demokratische Kunststücke verhindern imperialistische Kriege, sondern allein die bewaffneten Fäuste der Arbeiter. Es heißt um diesen Kern der Friedensfrage herumgehen, wenn man gleich dem „Vorwärts" Poincaré als den Friedensstörer, die von Hilferding gestützte Regierung Cuno, die mit allen Mitteln wieder ins imperialistische Geschäft hineinkommen will, als den patentierten Friedensbewahrer in dem Augenblick hinstellt, wo ihre Reparationsvorschläge, Sanktionen und Pfänder des fremden Imperialismus in nächste Nähe rücken.

Bezeichnend ist schließlich, daß keine deutsche Zeitung, die sonst jede patriotisch-schwerindustrielle Rheinlandkundgebung mit Behagen abdruckt, ein Wort dagegen sagt, daß Cuno mit seinem Vorschlag Amerika das Patronat über das Rheinland angeboten hat. Um es dem französischen Imperialismus zu entziehen, will die deutsche Regierung es unter den Schutz des amerikanischen stellen. Das ist der Sinn des Vorschlags der Regierung, „der der Schutz der nationalen Interessen" anvertraut ist.

*

Cunos Plan — der Stinnesplan

Cunos Hamburger Rede findet den begeisterten Beifall der kapitalistischen Presse aller Richtungen. Die „D. A. Z." des Herrn Stinnes, die das letztemal Cuno in die Parade gefahren war, schreibt diesmal:

„**Wir stellen mit Befriedigung fest, daß das Programm der Reichsregierung die Punkte enthält, auf die die „D. A. Z." von jeher den größten Wert gelegt hat: endgültige, vernünftige Bereinigung des Kontributionsproblems, Wiederherstellung der Meistbegünstigung, Räumung der besetzten Gebiete.**"

Cunos Plan ist in der Tat der Stinnesplan. Die innerpolitischen Konsequenzen hebt die „Kreuzzeitung" am schärfsten hervor:

„Es ist eine bedeutsame Festlegung der Richtung unserer inneren Politik, wenn der Kanzler als Folge des Entschlusses zu weitestgehender Ausschöpfung unserer Leistungsfähigkeit nach außen die möglichste Freigabe der wirtschaftlichen Kräfte und die möglichste Steigerung des wirtschaftlichen Leistungsgrades durch Gesetzgebung und Verwaltung in Aussicht stellt. Wir werden verlangen müssen, daß mit Verwirklichung dieser Zusage in nicht zu lang bemessener Frist Ernst gemacht wird.

In dem begeisterten Chorus fehlt nur die Stimme des „Vorwärts". Er lobt nur Cunos „Friedenspläne", über die Rede schweigt er betreten. Die sozialdemokratischen Führer haben sich ja auf den Stinnesplan festgelegt. Jetzt hilft kein Mundspitzen mehr, jetzt muß gepfiffen werden.

Das französische und das englische Programm

Paris, 3. Januar.

Havas veröffentlicht den Wortlaut des von Poincaré gestern nachmittag gebrachten Programms. Es umfaßt 1. den Versuch, eine Lösung der Reparationsfrage und der Frage der interalliierten Schulden ausfindig zu machen; 2. die Annahme einer bestimmten Politik hinsichtlich der Stabilisierung der Mark und der Reorganisation der deutschen Finanzen; 3. sofortige Beschlüsse über das von Deutschland verlangte Moratorium und die Pfänder. Für unverläßlich erachtet es die Reparationen und die Regelung der interalliierten Schulden. Deutschlands Verlangen, seine Schulden nach Maßgabe seiner etwaigen Budgetüberschüsse festzusetzen, sei offensichtlich unangängig. Die Budgetüberschüsse Deutschlands seien ja von seiner Politik und seinem guten Willen abhängig. Die Erfahrungen der Vergangenheit könnten nicht das mindeste Vertrauen in die Zukunft einflößen. Eine Herabsetzung der deutschen Schulden könnte von der französischen Regierung nur dann in Betracht gezogen werden, wenn gewisse unter den Alliierten eine Herabsetzung oder anderweitige Regelung ihrer Forderungen an Deutschland durch Abänderung der Anteilsätze und die Gewährung einer Priorität für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete zugeständen. Wenn diese Gläubiger Frankreichs geneigt seien, sich diesem Modus anzuschließen, wäre die französische Regierung bereit, ihnen von ihrem Anteil an den Reparations-Obligationen C schon heute ein Nominalkapital in Höhe des Nominalbetrages ihrer Schulden zu übergeben und die Obligationen C, die sie gegebenenfalls für ihre eigenen Forderungen an Zahlungen erhielte, zu annullieren, wenn diejenigen europäischen Mächte, die Gläubiger sind, gleichfalls die ihnen übergebenen Obligationen C annullieren. Die französische Regierung sei der Ansicht, daß Deutschland in der Lage wäre, im Jahre 1923 dem Zahlungsstatut nachzukommen, und daß ihm als Gegenwert die Beschlagnahme von Pfändern gegenüberstehe. Die französische Regierung sei nicht geneigt, ein längeres Moratorium als für zwei Jahre ins Auge zu fassen. Was die Ausdehnung des Moratoriums anlange, so halte es die französische Regierung für angebracht, daß weiter bezahlt würden: 1. die Besatzungskosten, 2. die Barleistungen unter besonders aufgeführten Bedingungen, 3. weiter zu leisten seien auch Sachlieferungen unter den im Vertrag und den geltenden Abmachungen vorgesehenen Bedingungen.

Der britische Vorschlag umfaßte nach einer Londoner Meldung die Regelung der Reparationen, der interalliierten Schulden und die Gewährung eines Moratoriums von vier Jahren an Deutschland. Nach dessen Ablauf soll Deutschland für die Zeit von vier Jahren 2 Milliarden Goldmark jährlich, für weitere zwei Jahre 2½ Milliarden und dann 3½ Milliarden Goldmark oder eine solche kleinere Summe zahlen, wie sie von einer unparteiischen Instanz festgesetzt wird, jedoch nicht weniger als 2½ Milliarden. Der englische Plan sieht vor, daß die Lieferungen von Koks an Frankreich und von Kohlen an Italien sowie, wenn möglich, von Farbstoff in eingeschränktem Umfange während der Anfangsperiode fortgesetzt werden sollen. Ein solches Vorgehen hänge davon ab, daß Deutschland versuche, die Mark zu stabilisieren, das Gleichgewicht im Reichshaushalt wieder herzustellen und daß es eine solche finanzielle Ueberwachung annimmt, wie sie die Alliierten für nötig halten, ferner, daß es im Falle einer Verfehlung den Maßnahmen zustimmt, die die Alliierten einstimmig für nötig erachten, einschließlich zwangsweiser Beschlagnahme der Einkünfte und militärischer Besetzung weiterer deutschen Gebiete. Wenn die überwachende Kommission einstimmig entscheidet, daß Zahlungen vor Ablauf von vier Jahren geleistet werden können, sollen die Jahreszahlungen vordatiert werden, aber um nicht mehr als zwei Jahre und ohne daß sich dadurch die Gesamtsumme der deutschen Zahlungsverpflichtungen vermehrt. Der Schluß des britischen Plans regelt die Frage der interalliierten Schulden.

Cunos Vorschläge ungenügend

Paris, 2. Januar.

Im allgemeinen erklären die Pariser Zeitungen, man dürfe sich über die neuen Vorschläge der Reichsregierung keinen großen Erwartungen hingeben. Nach dem, was verlaute, müßten diese Vorschläge als ungenügend erachtet werden, besonders wenn sie den Betrag von 30 Milliarden nicht überschreiten und wenn daran Bedingungen geknüpft werden, wie die Räumung der drei Ruhrstädte und des linken Rheinufers.

In der Reparationskommission hat inzwischen Frankreich den Antrag gestellt, auch in den Kohlenlieferungen die vorsätzliche Verfehlung Deutschlands festzustellen. Die Debatte soll aber bis zum Abschluß der Pariser Konferenz vertagt werden.

Die Metallindustriellen provozieren

(Eigene Drahtmeldung.)

Berlin, 3. Januar.

Die „PPN." berichten, daß die Arbeitgeber der Berliner Metallindustrie die Forderungen der Arbeiter am 2. Januar als zu hoch abgelehnt haben und den Arbeitern empfehlen, mit Rücksicht auf die Pariser Verhandlungen auf alle Lohnerhöhungen zu verzichten. Selbst der „Vorwärts" bezeichnet dieses Vorgehen als Provokation; er vergißt aber, die eigenen Gegenmaßnahmen vorzuschlagen.

Der Dollar heute vormittag 7200 Mark

Deutschvölkische Spitzelarbeit!

Pogromhetze gegen die revolutionäre Arbeiterschaft

Die Denkmalssprengung in der Poststraße in Halle gibt der rechtsstehenden Presse Anlaß zu einer wüsten Hetze gegen die Kommunisten. Sie überschlagen sich förmlich in dem Eifer, den Boden für eine Pogromstimmung zu schaffen. Wir haben gestern schon auf die Bildung von faszistischen Terrorbanden hingewiesen, die jetzt im ganzen Reiche gebildet werden und die Aufgabe haben, entweder selbst oder durch gekaufte Subjekte den Boden vorzubereiten, auf dem die Faszisten ihr Ziel zu erreichen gedenken Wir betonen ausdrücklich, daß die Kommunistische Partei mit solchen unsinnigen Sprengungen nicht das geringste zu tun hat, weil solche Taten die Arbeiterschaft in ihrem schweren Kampfe auch nicht einen Schritt vorwärts bringen werden. In dem Kampfe der Arbeiterschaft geht es um mehr, als einige Götzenbilder auf Straßen und Plätzen zu beseitigen. Darum wird es auch niemals das Ziel der Kommunisten sein, den Kampf durch Sprengung von monarchistischen Wahrzeichen vorzubereiten. Gewiß hätten die republikanischen Behörden schon längst dazu übergehen müssen, die monarchistischen Denkmäler zu beseitigen, noch dazu, wo in Halle die Stadtverordnetenversammlung bereits im Sommer des vorigen Jahres die Entfernung des Denkmals in der Poststraße beschlossen hatte.

Von der rechtsstehenden Presse haben wir nichts anderes erwartet, daß sie diese Sprengungen den Kommunisten in die Schuhe schieben werden. Die deutsch-völkische „Hallesche Zeitung" ist

„fest davon überzeugt, daß die Attentate von der Kommunistischen Partei ausgehen. Offiziell natürlich nicht. So schlau ist man seit der Ferry-Affäre geworden. Aber, daß dort die Drahtzieher der Neujahrsattentate zu finden sind, das ist jedem klar, der den jetzigen Vorfall der KPD. kennt, die unbedingt Aktionen braucht, um den Teil ihrer Anhängerschaft zu halten, dem die Tatenlosigkeit der Partei nicht gefällt. Mit Aufrufen an das Proletariat ist der Kampfeswille nicht mehr lebendig zu halten. Irgendwelche aufsehenerregende Geschehnisse müssen vor sich gehen, um die schlummernden Kräfte neu zu wecken, die die Kommunistische Partei für die Durchführung ihres Kampfes braucht. Und da sie in richtiger Erkenntnis des Geistes jener Massen, die ihr Gefolgschaft leisten sollen, nur durch Gewalttaten und Blut die niederen Instinkte wecken kann, so ist ihr eben jedes Mittel recht. Sie geht dabei mit der Systematik vor, die wir aus früheren, in Halle leider nur zu gut bekannten Fällen kennen".

Das ist die Sprache, die wir von den Deutschvölkischen gewohnt sind. Wenn die Kommunistische Partei schon Aktionen braucht, um den Teil ihrer Anhängerschaft zu halten, dem die Tatenlosigkeit der Partei nicht gefällt, nun, so würde sich die Partei sicher nicht die Bronzefiguren irgendeines deutschnationalen Götzen aussuchen, um dann durch eine Sprengung die Massen für einen Kampf zu begeistern. Die Arbeiter wird man mit solchen Mitteln nicht auf die Straße bringen, wohl aber die verängstigten Spießer und das ganze monarchistische Gesindel.

Würden sich irgendwo republikanische Denkmäler befinden, wir sind fest davon überzeugt, sie wären von den faszistischen Banden schon längst runtergeholt. Um ihre Ziele zu erreichen, sind sie bisher selbst vor dem blutigsten Verbrechen, dem Meuchelmord, nicht zurückgeschreckt.

Nicht die Kommunisten brauchen solche Aktionen, sondern die deutschen Faszisten. Die „Hallesche Zeitung" weiß auch, daß die Arbeiterschaft auf dem Posten ist und sich gegen die Gefahr von rechts wehren wird. Das macht ihr Sorge. Und noch mehr Sorge macht ihr, daß nicht noch das gesamte Spießertum nicht so schnell den faszistischen Plänen folgt. Jetzt ist eine Gelegenheit, das Bürgertum wachzurütteln. Sie schreibt weiter:

„Wir danken den Herren dafür! Wenn die Stimmen, welche das Bürgertum vor den neuen kommunistischen Kampfabsichten warnten, ungehört verhallen mußten, weil die stille Zeit seit dem letzten mitteldeutschen Aufstand gegen jede Gefahr von linker Seite abgestumpft hatte, so wird das Neujahrsereignis in Halle wieder einmal alle diejenigen wachrütteln, die nur zu gern jeden Hinweis auf die wiedererwachende Gefahr als übertrieben bezeichnen. Den beiden linksgerichteten Polizeipräsidenten, dem Oberpräsidenten und nicht zuletzt Herrn Severing wird die mitteldeutsche Neujahrsbotschaft zu denken geben, die unser so oft vom Aufruhr zerwühltes Halle erneut in so große Aufregung versetzt hat. Sie sollten ihr ganzes Augenmerk auf das Treiben der kommunistischen Kreise richten und alles daransetzen, um die neue Sturmwelle schon beim Ansprung abzuriegeln. Der Feind steht links! Er hat immer links gestanden trotz der Hetze des verflossenen Reichskanzlers Wirth. Für diese Feststellung hat die hallische Tat erneuten Beweis gebracht. Es gilt auf der Hut zu sein, soll das nun eben angefangene Jahr 1923 nicht zu einem blutigen werden.

Die hallische Bürgerschaft wird, wenn die amtlichen Stellen auch dieses Mal in sonderbarer Nachsicht versagen sollten, nichts unversucht lassen, daß ihr Schutz gegen Angriffe von linker Seite gewährt wird. Die bürgerlichen Parteien haben bereits heute vormittag getagt und zu den Dynamitattentaten Stellung genommen."

Die bürgerlichen Parteien haben beschlossen, eine Million Mark für die Ergreifung der Täter auszuwerfen. Sie können das. Denn Geld spielt bei ihnen keine Rolle. Außerdem schafft man damit auch die notwendige Stimmung beim Bürgertum gegen die Arbeiterschaft. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auch auf unseren heutigen Spitzenartikel, in dem nachgewiesen wird, daß der junkerliche Landbund und die sonstigen deutsch-völkischen Kreise keine Geldmittel scheuen, um für ihre konterrevolutionären Absichten die Sicherheitspolizei zu kaufen.

Die Stinneslakaien in der „Allgemeinen Zeitung" sehen bereits die kommunistische Revolution. Sie schreibt:

„Warum wählten Bubengedanken und Bubenhände gerade die erste Nacht des neuen Jahres 1923, des „schicksalsschwersten Jahres" für unser geliebtes Deutschland? . . . Liegen auch diesmal nicht bezeichnende Anzeichen für eine neue kommunistische Erhebung vor? Wilder Streik in Ludwigshafen-Oppau, lediglich kommunistische Mache, und die Attentate von gestern abend auf der einen, Trotzkis Prophezeiung daß 1923 die Weltrevolution bringen werde, auf der anderen Seite?"

Die „Allgemeine Zeitung" weist noch „auf andere Fäden" hin, im Falle das Gespenst der bolschewistischen Revolution beim Spießer noch nicht ziehen sollte:

Bei der Suche nach den Urhebern des Attentats ist also auch die Möglichkeit nicht von der Hand zu weisen, daß französischer oder polnischer Fanatismus ehrlose Subjekte gedungen hat, um mit dem Triumph über vernichtete deutsche Denkmäler zugleich die politische Leidenschaft in Deutschland in einem Augenblick zur Siedehitze zu treiben, wo Einigkeit im deutschen Volke so not tut wie nie zuvor . . . Deutsche, Männer und Frauen, Studenten und Arbeiter, Städter und Landvolk, schließt Euch zusammen gegen alle diejenigen, die durch ihre gestrige Tat bewiesen haben, daß sie nicht mehr Deutsche sind!

Die deutschen Arbeiter werden sich durch die fanatische Hetze der bürgerlichen Parteien nicht irreführen lassen. Sie werden klaren Kopf behalten und alle Versuche, sich durch das Lockspitzelgesindel und noch weniger durch den Lärm und durch die Hetze der bürgerlichen Presse provozieren lassen. Denn gerade der Ausruf der „Halleschen Zeitung": „Wir danken den Herren dafür!" und der Zusammenschluß des Bürgertums ist Beweis genug dafür, daß die unsinnige Sprengerei deutschnationale Lockspitzelarbeit ist.

Meuterei unter den Faszisten

Mailand, 2. Januar.

Abteilungen von Gardepolizisten haben in Turin und Neapel der Verschmelzung ihrer Korps mit den Karabinieris zu widersetzen versucht. Bei den Zusammenstößen in Turin wurden vier Gardepolizisten und ein Faszist getötet. Außerdem gab es unter den Polizisten und Zivilisten 15 Verletzte. Um Mitternacht wurden die 200 Meuterer gefangengenommen und die Ruhe wieder hergestellt. Am anderen Morgen versuchten sie einen neuen Aufstand. Jetzt sind alle Gardepolizisten entwaffnet und die Untersuchung eingeleitet.

Auch aus Pisa, Parla und Genua werden ähnliche Zwischenfälle gemeldet.

*

Diese Nachrichten sind als ein sicheres Zeichen dafür anzusprechen, daß die Herrschaft Mussolinis in Italien nicht von allzu langer Dauer sein wird. Sogar die Gardepolizei, die sich an dem Feldzug gegen die Arbeiterschaft beteiligt hat, beginnt sich gegen die Diktatur Mussolinis aufzulehnen.

Aufstand in Mossul?

London, 2. Januar.

Depeschen aus Angora wissen von einem Aufstand zu berichten, der das ganze Petroleumgebiet umfasse. Die türkischen Staatsangehörigen und die kurdischen Stämme revoltierten und forderten, daß das ganze Gebiet den Türken zugesprochen werde. Einer Meldung der „Daily Mail" zufolge, wurden alle englischen Flugzeughallen in Mesopotamien in Brand gesteckt.

*

Die Richtigkeit dieser Meldung kann nicht geprüft werden. Seit der Spannung in Lausanne beschuldigen sich England und Frankreich gegenseitig der Mobilmachung in Griechenland und der Türkei. Sicher ist, daß die Türkei auf die Rückgabe Mossuls besteht und daß die Engländer darauf mit Abbruch der Konferenz drohen. Die Krise der Lausanner Verhandlungen hängt eng mit den Pariser Beratungen zusammen. Curzon war in Paris und verhandelte mit Poincaré. Kommt das Tauschgeschäft Rhein—Orient zustande, wird die Einheitsfront der Entente nicht nur gegen die Türkei und Sowjet-Rußland, sondern auch gegen Deutschland gefestigt.

*

Die Instruktionen der Nationalversammlung

WTB. London, 2. Januar.

Eine Reutermeldung aus Konstantinopel besagt: Die aus Angora vorliegenden Nachrichten scheinen eine starre Haltung der Angora-Regierung anzuzeigen. Die Nationalversammlung von Angora hat eine sechsstündige geheime Sitzung abgehalten, in der die Lausanner Verhandlungen erörtert wurden. Die Haltung der Alliierten wurde dabei sehr kritisiert und eine Resolution angenommen, in der der nationale Pakt aufrechterhalten wird. Nach einem Bericht, der noch nicht bestätigt ist, ist Ismet Pascha instruiert worden, auf der unveränderten Aufrechterhaltung des nationalen Paktes zu bestehen und mit den Mächten, die bereit sein würden, die Bestimmungen dieses Paktes zu unterschreiben, einen Sonderfrieden abzuschließen.

Waffenfunde. Auf dem Gute Martensberge im Kreise Franzburg wurden am 20. Dezember 1922 etwa 20 Infanteriegewehre, eine Parabellumpistole 08 und mehrere Tausend Schuß Infanteriemunition beschlagnahmt. Die Munitionskisten tragen den Stempel 1920, die Gewehre die Jahreszahl 1920 und den Stempel „Reichswehr". Die Waffen scheinen in den Kapptagen auf dem Gute versteckt worden zu sein. Reaktionäre Reichswehroffiziere haben ohne Zweifel den Junkern große Mengen von Waffen in die Hände gespielt. Es ist Aufgabe der ländlichen Kontrollausschüsse und der Landarbeiter, diese unzähligen kleinen und großen Waffenlager auf den Gütern ausfindig zu machen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230103-18/fragment/page=0002

Aufgaben in den Gewerkschaften

Nach den Behauptungen der VSPD.-Presse versuchen die Kommunisten, die Gewerkschaften zu revolutionieren, um so „den letzten Schutzwall der Arbeiterschaft gegen die Offensive des Kapitals" zu erschlagen. Und solchen merkwürdigen Plan praktizieren die Kommunisten, weil es ihnen nicht möglich sei, die bürgerliche Gesellschaft umzustellen. Welche Logik! Die KPD. will revolutionieren, um die Konterrevolution zu stärken! Den sozialdemokratischen Skribifaxen ist zu gut bekannt, daß die Gewerkschaftsbureaukratie mit allen Mitteln ein Revolutionieren der Gewerkschaften zu verhindern sucht, weil die Gewerkschaften in den Fesseln der Arbeitsgemeinschaft das mächtigste Instrument sind, mit dem man nicht nur die Arbeiter knebeln, sondern alle Zwischenschichten vollständig proletarisieren, ehemalige Angehörige des Mittelstandes sogar ins Lumpenproletariat hinabschleudern kann; mit dem man die Konzentration des Kapitals und die Auspowerung des gesamten Volkes in einer noch nie erlebten Weise durchführt.

Die Solidaritätsaktion, die aus Anlaß des Kampfes in Ludwigshafen die deutsche Arbeiterschaft aufgerüttelt hat, zeigt — mit verschwindenden Ausnahmen —, daß die Arbeiter die angewandte Taktik als richtig anerkennen. Der Kampf offenbarte den tiefen Gegensatz, der zwischen dem Proletariat und der Gewerkschaftsbureaukratie besteht.

Der Kampf in Ludwigshafen räumt auf mit der Phrase von der „Unreife der deutschen Arbeiterschaft". Es war nicht der letzte Kampf, neue, schwere Auseinandersetzungen werden dem Ringen von Ludwigshafen folgen.

Die Gewerkschaftsführer haben jetzt ein neues Argument zur Bemäntelung ihrer Verratspolitik entdeckt. Sie bringen statistisches Material über die gesunkene finanzielle Kraft der Gewerkschaften. Sie wollen beweisen, daß, solange die finanzielle Kraft der Gewerkschaften trotz Geldentwertung nicht die Basis der Vorkriegszeit erreicht habe, es unmöglich sei, „große Kämpfe von längerer Dauer zu führen". Darum höhnten sie derer, die kraftvoll und opfermutig den Kampf wagten und die Mittel aufbrachten. Man bestahl die Arbeiter und forderte, daß niemand sie unterstützen solle — weil sie selber kein Geld haben. Merkwürdige Logik! Nun soll der Wochenbeitrag in der Höhe eines Stundenlohnes erhoben werden. Die Finanzkraft des Verbandes wäre dann nur noch in dem Verhältnis geschwächt, in dem der Reallohn gegenüber der Vorkriegszeit gesunken ist. Hat man erst wieder viel Geld im Kasten, dann wird die Bureaukratie noch brutaler gegen die Mitglieder vorgehen als bisher. Die Gewerkschaftsbureaukratie will überhaupt grundsätzlich keinen ernsthaften Kampf, sie will das für sie harmonische Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit nicht gefährden. Darum lautet unsere Forderung an die Gewerkschaftsmitglieder:

Mobilisierung aller Kräfte zu rücksichtslosem Kampf gegen eine, die elementarsten Bedingungen proletarischer Demokratie mit Füßen tretende Gewerkschaftsbureaukratie.

Es gibt so viele Anknüpfungspunkte, um diesen Kampf mit Erfolg aufzunehmen. Trotz aller Erklärungen des ADGB. und der Hauptvorstände, „grundsätzlich" festzuhalten am Achtstundentag, ihn mit allen Mitteln zu verteidigen, gab man den Achtstundentag praktisch preis. Nicht die zum Wirtschaftsaufbau genehmigten Ueberstunden bilden die Ausnahme, sondern der Achtstundentag ist bereits eine Ausnahme-Erscheinung. Die Gewerkschaften erklären sich bei allen möglichen Gelegenheiten bereit, solchen Ueberstunden tariflich keinen Widerstand entgegenzusetzen. Sie tun dies, obwohl eine ungeheuere Arbeitslosigkeit im Hintergrund steht. Mit Bettelpfennigen werden die wenigen Arbeitslosen abgespeist, die aus dem jetzt schon großen Heer der Arbeitslosen das „Glück" haben, Arbeitslosenunterstützung zu beziehen. Diese Bettelpfennige, jetzt schon aus der Lohnsteuer der Arbeiter bezahlt, sollen in Zukunft zu einem Drittel direkt von den Arbeitern getragen werden. So will es die vom Reichsrat verabschiedete Arbeitslosenversicherung.

Im Februar finden im ganzen Reiche die Vorbereitungen zur Neuwahl der Betriebsräte statt. Den Betriebsräten ist mit Hilfe der Gewerkschaftsbureaukratie ein Teil des früheren Einflusses geraubt worden. Sie sollen nach dem Willen der Bonzen weder Einfluß auf den Abschluß von Tarifverträgen, noch in der Frage der Ueberstunden haben. Die Betriebsräte sollen lediglich Hilfsorgane der Gewerkschaften sein, die die Ausführung der von der Bureaukratie getätigten Abmachungen vorzunehmen haben. Die Betriebsräte müssen jedoch versuchen, maßgebenden Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und den Abschluß der in Frage kommenden Verträge zu gewinnen. Sie sollen Organe sein die der anarchischen Willkür der Kapitalisten eine proletarische Produktionskontrolle entgegenstellen. Zu diesem Zwecke ist eine straffere, über den Ort hinausgehende Zusammenfassung der Betriebsräte notwendig. Diese Zusammenfassung findet bei der zünftlerischen Bureaukratie besonders starke Widerstände; sie zeigen sich in der Abneigung gegen die Industrieverbände. Dem kleinen Vorstoß auf dem Leipziger Gewerkschaftskongreß folgte in der letzten Ausschußsitzung des ADGB. eine vollständige Kapitulation vor der Reaktion; man beschloß, den jetzigen Besitzstand der Gewerkschaften anzuerkennen, und eine weitere Regelung dem nächsten Kongreß vorzubehalten.

Die internationale Politik der Gewerkschaften, insbesondere die Einstellung des ADGB. zur Reparationsfrage, die sich von der Außenpolitik der bürgerlichen Koalitionsparteien nicht unterscheidet, gibt den Schlüssel zur gesamten Tätigkeit der Bureaukratie auch im Innern. Feiges Zurückweichen vor allen Schlägen der Entente-Bourgeoisie sind ihre Taten, ein Verkriechen hinter der angeblichen Untätigkeit der Arbeiter der westlichen Länder, soll ihr Paktieren mit den deutschen Kapitalisten gegen das Proletariat rechtfertigen.

Diese Politik hat das Proletariat immer tiefer ins Elend geführt. Nicht nur für die deutschen, auch für die französischen, für die gesamten Arbeiter schlägt die Politik der Arbeitsgemeinschaft für kapitalistischen Wiederaufbau um in konterrevolutionäre, arbeiterfeindliche, wirtschaftlich zerstörende und verwüstende Maßnahmen. Die Gewerkschaften thronen auf einem selbstgeschaffenen Trümmerhaufen. Es kann nicht eher der Gesundungsprozeß beginnen, bis die Arbeiter das Gemeingefährliche der bisherigen Gewerkschaftstaktik erkennen und sie, mit den alten Führern oder gegen die Zunft der Bureaukratie, in Gemeinschaft mit den Betriebsräten durch Kampf und Sieg, entscheidend die Lohn- und Arbeitsbedingungen bestimmen und sie ausschlaggebend die Produktion kontrollieren.

Darum, Genossen, Revolutionäre! Zerschlagt nicht die Gewerkschaften, erobert sie, erfüllt sie mit Eurem Geiste, mit dem Geiste des Klassenkampfes. Hinein in die Gewerkschaften!

Deutschnational und deutschvölkisch

Zwischen diesen beiden, mit Respekt zu sagen „Richtungen", besteht kaum ein nennenswerter Unterschied. Sie suchen sich gegenseitig zu überbieten und betonen nur manchmal ihre Verschiedenheit, manchmal ihre völlige Gleichartigkeit — wie's trifft. Jetzt kommt uns ein Rundschreiben der deutschnationalen Schriftenvertriebsstelle, Berlin, Bernburger Straße, in die Hände, worin alle deutschnationalen Landesverbände und Kreisvereine aufgefordert werden, Flugblätter für den (verkotenen!) Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund (Nr. 206) und für den Jungdeutschen Orden (Flugblatt Nr. 207) zu beziehen sind. Die Flugblätter sollen zur Massenverbreitung dienen und für die Tatsache zeugen, daß die Deutschnationale Partei auf „völkischem Boden" steht. Sie sind sich also in der mordpropagandistischen Verderbung der deutschen Jugend wieder einmal einig.

Herzliches Einvernehmen

Man schreibt uns aus Jena: Am Montag, dem 4. Dezember, fand in Erfurt eine Versammlung der preußischen Schupobeamten statt. Hier kam es zu sehr schweren Auseinandersetzungen zwischen den Beamten und ihren Offizieren.

Die Offiziere stellten den Antrag, daß ihnen eine Vertretung im Vorstand der Sipobeamtenorganisation zugebilligt werden solle. Die Beamten wandten sich mit aller Schärfe dagegen und erklärten, daß sie keinesfalls gewillt seien, mit Offizieren, die sich in der schlechten Behandlung der Beamten gegenseitig überbieten, im Verband zusammen zu arbeiten. Auch der Vermittlungsantrag eines Oberwachtmeisters, der eine Wahl des Offiziers „auf Probe" vorschlug, wurde nach heftigen Auseinandersetzungen abgelehnt. Unter wüsten Schmähungen gegen die Beamten verließen die Offiziere die Versammlung.

Wollen die Beamten sich nicht wie Rekruten und Lakaien der Herren Offiziere behandeln lassen, dann werden sie von den „Vornehmen" angerüpelt. Offiziere kämpfen für Privilegien gegen Allgemeininteressen und damit gegen die Interessen der Beamten.

Kündigung des Ueberschichtenabkommens

Laut Meldung des WTB. beschloß am Sonntag eine Konferenz der Bergarbeiter des Ruhrgebiets, das Ueberschichtenabkommen für den Ruhrbergbau, das für die Zeit vom 15. Dezember bis 15. Januar außer Kraft gesetzt war, zum 28. Februar zu kündigen, da die Ernährungslage der Bergarbeiter immer übler geworden ist.

Es wird ganz von der Kampfentschlossenheit und Einigkeit der Bergarbeiter abhängen, mit dem Ueberschichtenabkommen endgültig Schluß zu machen. Sie dürfen nach dem 15. Januar gar nicht erst mit dem Verfahren der Ueberschichten anfangen. Denn der obige Beschluß auf Kündigung bis zum 28. Februar wird von der reformistischen Gewerkschaftsbureaukratie nicht ernst aufgefaßt. Mitte Dezember haben die Gewerkschaften Verhandlungen gefordert. Nachdem die Unternehmer die Bergarbeiterverbände zehn Tage lang auf eine Antwort haben warten lassen, telegraphierten sie am 22. Dezember 1922, daß sie vor dem 10. Januar 1923 nicht in Verhandlungen eintreten würden. Ohne Zweifel wollen es die Kohlenbarone zum Konflikt treiben und die Gewerkschaftsführer mußten notgedrungen mit Drohungen antworten.

Ferner versuchen die reformistischen Führer des Bergarbeiterverbandes mit der Kündigung des Ueberschichtenabkommens das alte Spiel aufzunehmen, und einen Druck auf die Bourgeoisie dahingehend auszuüben, daß die aus der Koalition hinausgeworfenen Rechtssozialisten wieder in die Regierung aufgenommen werden.

Angesichts dieser schwächlichen Opposition der Gewerkschaftsführer und ihren Versuchen sie wieder für politische Schiebungen zu mißbrauchen, müssen die Bergarbeiter die **Aufnahme der Ueberschichten überhaupt strikte verweigern** und zur Durchsetzung der unbedingt notwendigen Lohnerhöhungen **sofort einig und geschlossen den Kampf aufnehmen.**

Die sozialistischen Regierungen auf dem Rückzuge? Der Reichsminister des Innern ist mit den Regierungen Sachsens, Thüringens und Braunschweigs über die Frage der Religionsübung an den staatlich nicht anerkannten kirchlichen Feiertagen in Verhandlungen eingetreten. Das „Berliner Tageblatt" weiß zu melden, daß die Verhandlungen zu einem „befriedigenden Ergebnis" führen werden. Das „befriedigende" Ergebnis kann nur darin bestehen, daß die sozialistischen Regierungen die dürftigen Schritte, die sie getan, wieder ungeschehen machen und der Kirche den Einfluß einräumen, den sie begehrt. Die Arbeiter Sachsens und Thüringens werden sich jedenfalls bereithalten müssen, ein kräftiges Wörtchen mitzusprechen.

Ehrhardt unter Anklage des Meineides. Wie den VPP. aus Leipzig mitgeteilt wird, ist das gegen den Kapitänleutnant Ehrhardt schwebende Verfahren ausgedehnt worden auf Meineid und Verleitung zum Meineid.

Streik in der Berliner Zentralmarkthalle. Sämtliche Standinhaber in der Berliner Zentralmarkthalle sind gestern morgen wegen der neuen Frachterhöhung und der Erhöhung der Standgebühren in den Streik getreten. Die Drohung des Polizeipräsidenten, daß allen Streikenden der Handel untersagt werde, wenn im Laufe des Tages der Verkauf nicht wieder aufgenommen werde, fruchtete nicht. Heute hat sich der Streik weiter ausgedehnt.

Klein, aber fein. Eine „kleine feine Bank" im Wuppertal suchte im Inseratenteil einer rheinischen Zeitung bankgeschulte Bewerber, die ihr Können „weniger auf Tarifstudium und Arbeitszeitfragen, als auf verständnisvolle und freudige Mitarbeit richten". Das Finanzkapital weiß sich seine gelben Arbeitssklaven mit Ueberstunden und Unterbezahlung flott zu züchten.

Zur Beruhigung der Massen. Die städtischen Behörden in Köln haben ein Mittel zur Beruhigung der Massen entdeckt: Das städtische Presseamt verhöhnt das Proletariat durch die Mahnung an die Ladeninhaber, ihre Schaufensterauslagen zu vereinfachen. Auch wenn Schwelgerei und Luxus hinter zugezogenen Samt- und Seidenvorgängen vor sich gehen, wird das hungernde Proletariat seine festen Ausbeuter zu finden und zu fassen wissen.

Ausland

Vorkriegsarbeitslöhne in Sowjet-Rußland

Moskau, 1. Januar.

Auf dem allrussischen Kongreß der Ingenieure trat Kichischanowsky, einer der angesehensten Mitarbeiter der Elektrifizierung in Rußland, mit einem Bericht über die Wirtschaftslage Rußlands hervor, indem er erklärte: Einerseits sei die Mechanisierung der Arbeit notwendig, andererseits die Steigerung der Produktionsfähigkeit der Arbeiter. Die Erhöhung der Produktionsfähigkeit wird nicht durch die Beseitigung des Achtstundentages erreicht, wie es in den kapitalistischen Ländern geschieht, sondern durch eine Aufbesserung der Arbeitslöhne, welche augenblicklich den Vorkriegsdurchschnitt erreicht haben. An einer großen Zahlenreihe bewies der Referent die Erhöhung der Produktionsfähigkeit im letzten Jahre.

Russischer Nachrichtendienst. Zwischen der Russischen Telegraphenagentur und der amerikanischen „United Preß Association" ist in Moskau ein Vertrag über den gegenseitigen Austausch der Informationen abgeschlossen worden. Ein derartiger Vertrag besteht schon zwischen der Russischen Telegraphenagentur und dem Wolffschen Telegraphenbureau.

Die KP. Oesterreichs ruft ihren Parteitag für den 3. bis 5. März nach Wien ein.

Die österreichische „Gesundheitskrise" hat die offiziell zugegebene Ziffer von 100 000 Arbeitslosen für Mitte Dezember in Oesterreich gezeigt. Im Oktober gab es 50 000, im November 93 000 Arbeitslose. Seit dem 1. Oktober 1922 wurden, wie offiziell berichtet wird, 23 600 Staatsangestellte entlassen. Bis Ende Jahres 1922 wurden aber über 25 000 entlassen.

Buchdruckerstreik und Aussperrung in Holland. Nachdem der Allgemeine Niederländische Typographenbund die von den Arbeitgebern gestellten Bedingungen abgelehnt hatte, beschlossen diese, dem Personal zu kündigen. In etwa 25 Städten und Ortschaften Hollands sind Streiks ausgebrochen. Eine Anzahl Zeitungen können nicht erscheinen. Die Zeitungen in Amsterdam und Rotterdam werden erscheinen.

Gewerkschaftsbewegung

Beginnende Einsicht oder Täuschungsmanöver?

Der Vorstand des Bundes der technischen Angestellten erläßt einen Aufruf, in welchem er die Techniker und seine Mitglieder auffordert, aus der müden Resignation herauszutreten und den Kampf um die Erhöhung des Reallohnes aufzunehmen. Das Ziel sei Vorkriegslohn und Vorkriegslebenshaltung. Es dürften nur mehr Lohnverhandlungen auf der Basis der Wiederbeschaffungskosten der Arbeitskraft geführt werden. Vieles sei versäumt worden, weil die Opfer eines Kampfes gescheut wurden. Es ist zwar sehr begrüßenswert, wenn endlich der Vorstand einer Angestelltengewerkschaft einzusehen beginnt, daß man mit der bisherigen Gewerkschaftstaktik nicht weiter kommt, wir hegen aber einige Zweifel daran, daß dieses Bekenntnis wirklich ehrlich gemeint ist; denn in der gleichen Nummer der „Techniker-Zeitung", in der dieser Aufruf erscheint, steht wieder ein Artikel, in welchem unter Anführung der schon zum Ueberdruß oft gehörten Gründe gesagt wird, daß „wir" eben arm geworden sind und uns bescheiden müssen. Die Klagelieder über die Verschwendung in gewissen Kreisen sind keinen Pfifferling wert. Unsere Zweifel werden noch dadurch bestärkt, daß in dem Aufruf kein Wort von gemeinsamem Kampf mit den Arbeitern gesagt wird. Es scheint fast, als ob der Aufruf nur erschienen ist, um die an sich berechtigte Verdoppelung der Beiträge den Mitgliedern schmackhaft zu machen. Eine solche Politik würde allerdings früher oder später dem Bund nur zum Unheil ausschlagen.

Beilegung des Streikes der Thüringer Gemeindearbeiter

Jena, 1. Januar Der Streik der Thüringer Gemeindearbeiter ist beigelegt worden. Die Arbeiter haben sich dem Abkommen, das am Freitag in Berlin vor dem Reichsarbeitsministerium zustande gekommen war, angeschlossen.

Vom Tage

Kultur- und Justizschande

Bilder der furchtbarsten Mißhandlungen und gesundheitlichen Verwahrlosungen der Zöglinge in der Erziehungsanstalt Neuherberge entrollte ein mehrtägiger Prozeß vor dem Münchener Landgericht. Angeklagt war der ehemalige Direktor dieser christlichen Jugendhölle, Martin Brandstetter und fünf Mitangeklagte wegen fahrlässiger Tötung und mehrfacher Körperverletzung von Fürsorgezöglingen. Bei schwerster Arbeit und ungenügender Ernährung beuteten die Angeklagten unter ständiger Anwendung des Ochsenziemers mit furchtbarer Brutalität die jugendlichen Opfer in der vom Geistlichen Brandstetter geleiteten Anstalt aufs grausamste aus. Dennoch lautete das Urteil für Brandstetter und die übrigen auf Freisprechung, nur ein mitangeklagter Landwirt erhielt wegen vier Vergehen für gefährliche Körperverletzung ganze 300 Mk. Geldstrafe (bei heutiger Währung also noch nicht 3 Pf.).

Die Jugendfürsorgeerziehung bildete schon immer einen der dunkelsten Punkte im kapitalistischen Staate. In dem Prozeß kamen auch grauenhafte Zustände in anderen bayrischen Fürsorgeanstalten, z. B. Rothenfelden und Piosheim zur Sprache. Das Münchener Urteil bedeutet die Sanktionierung dieser kapitalistischen Kulturschande durch die Justiz des Ordnungsstaates. Unser Münchener Parteiblatt, die „Neue Zeitung", die über den Prozeß mit seinen entsetzenerregenden Einzelheiten ausführlich berichtete, zieht denn auch in aller Schärfe den Schluß daraus, daß erst auf den Trümmern des niedergekämpften Ausbeuterstaates der proletarische Staat seine Fürsorge an der proletarischen Jugend von Grund auf walten lassen kann.

Großer Platin-Diebstahl. Aus dem verschlossenen Kassenschrank der Griesheim-Elektron-Werke wurden Platingegenstände im Werte von 10 Millionen Mark gestohlen.

Verdacht des Kindesmordes. In Frankfurt a. M. wurde unter dem Verdacht, ihre Kinder vergiftet zu haben, eine Flüchtlingsfamilie festgenommen.

Raubmord. In der letzten Nacht ist in Magdeburg eine Witwe, die ein Schokoladengeschäft betrieb, ermordet und beraubt worden. Den unbekannten Tätern sind ungefähr 200 000 Mk. in die Hände gefallen.

Ein Mord, um Obdach im Zuchthaus zu erhalten. Zwischen den Stationen Sarstedt und Hannover ist gestern, wie dem „BT." gemeldet wird, im fahrenden Zug ein schweres Verbrechen verübt worden. Aus völlig unbekannter Ursache fiel ein Reisender über einen anderen Fahrgast her, würgte ihn und stieß ihm ein langes Messer in die Brust. Der Tod trat sofort ein. Die Ermittlungen der Polizei ergaben, daß der Mörder sein Opfer gar nicht gekannt hatte, sondern daß er die Tat lediglich deshalb verübte, um den Winter über im Zuchthaus sitzen zu können.

Aus der Provinz

Genosse!

Hast Du schon daran gedacht, daß die Partei ebenfalls mit der Teuerung rechnen muß?

Hast Du schon daran gedacht, daß ab 1. Januar eine weitere Verteuerung der Fahrpreise und Portosätze eintritt?

Hast Du schon daran gedacht, daß alle zur Verwaltung des Parteiapparates notwendigen Ausgaben ebenfalls ins Ungeheure steigen?

Wenn nicht, dann müssen Dir folgende Zahlen beweisen, in welch ungeheurer Weise die Partei mit der Teuerung zu kämpfen hat.

Bei der Entsendung eines Referenten von Halle nach Sangerhausen kostet es an

Fahrgeld 4. Klasse	480 Mk.
Spesen	300 Mk.
Uebernachtung	??
	780 Mk.

Da in der Regel dem Referenten kein Logis bei Genossen besorgt wird, müssen die Referenten meistenteils im Gasthof logieren. Die Preise hierfür sind sehr verschieden. Im Durchschnitt kostet ein Quartier in einem einfachen Gasthaus heute 350 Mk. Somit ergibt sich eine Summe von zirka 1130 Mk. Das sind die Kosten für einen Referenten bei einer Versammlung. In den meisten Fällen muß die Bezirksleitung diese Summen tragen.

Ein Wachsbogen zur Vervielfältigung von Rundschreiben kostet heute 400 Mk., ein Kilo Vervielfältigungspapier 800 Mk., 1000 Kuverts 8000 Mk.; für einen einfachen Brief beträgt das Porto ab 15. Januar 50 Mk.

Man könnte noch eine Unmenge Beispiele anführen, nicht zuletzt die Gehälter, die einen beträchtlichen Teil der Ausgaben ausmachen.

Genosse, hast Du schon daran gedacht, daß all diese Ausgaben unbedingt notwendig sind im Interesse der Partei, im Interesse des Gesamtproletariats?

Zur Führung des Proletariats in seinem Kampfe ist die Kommunistische Partei berufen. Sie hat in der Vergangenheit bewiesen, daß sie es versteht, die Interessen der arbeitenden Klasse wahrzunehmen. Sie kann ihre Mission nur erfüllen, auf Grund der Opferwilligkeit ihrer Mitglieder.

Genossen, bedenkt, daß der Wochenbeitrag für den Monat Januar in der 1. Klasse nur 50 Mk. beträgt. Ein Glas Bier kostet heute 80 Mk. Ihr sollt also nur einen Schluck Bier in der Woche weniger trinken, eine Zigarette kostet 30 Mark, ihr sollt in der Woche nur drei Zigaretten weniger rauchen, um Euren Pflichten gegen die Partei und damit gegen Euch selbst, vor allem Eurer Pflicht gegenüber der gesamten werktätigen Klasse nachzukommen.

Genossen! Die Kommunistische Partei ist zum Kampf bereit! Sie bedarf dazu der Unterstützung durch alle Parteigenossen, und zwar durch Aufklärungsarbeit unter den Massen als auch durch finanzielle Unterstützung. Keiner schließe sich davon aus. Jeder zahle pünktlich seine Beiträge. Diese betragen in Klasse I 50 Mk., in Klasse II 35 Mk., in Klasse III 10 Mk. für den Monat Januar.

Bitterfeld. Auch eine Antwort! Wir brachten vor kurzem eine Notiz über die rege Sammeltätigkeit im Bitterfelder Bezirk für die Streikenden in der Pfalz. Das Resultat von knapp drei Viertel Millionen Mark (inzwischen sind es bereits 800 000 Mark geworden) als Ausdruck der Klassensolidarität ist den VSPD.-Bureaukraten gewaltig in die Glieder gefahren. Nun haben sie endlich eine „Antwort" gegeben in ihrem „Volksblättle". Den guten Spießern der VSPD. scheint es doch noch ein wenig konfus im Gehirnkasten zu sein infolge der Alkoholdünste der Silvesternacht. Sie behaupten, die Sammlung in den Chemischen Werken Bitterfelds seien unter Vorspiegelung falscher Tatsachen vor sich gegangen. Sehr richtig, Ihr Philister! Aber wer spiegelte denn diese falschen Tatsachen den Arbeitern vor? Das waren die Lebbin, Maus, Baum und Co. mitsamt ihrem „Volksblättle". Das

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230103-18/fragment/page=0003

„Volksblatt“ log während des Streikes das Blaue vom Himmel herunter und eben deshalb, wegen dieser verlogenen Hetze, die die VSPD.-Bureaukraten entfachten, sammelten die Bitterfelder Arbeiter diese großen Summen. Wir danken auch diesen Tolpatschen von Artikelschreibern für ihre ausgezeichnete Propaganda, die sie für uns entfaltet haben. Zum Schluß gibt in diesem Artikel der Schwatzmagister Lebbin noch eine Antwort auf unsere Frage, ob er denn nun weiterhin noch Sterngruckerei treiben will, oder ob diese Bureaukraten gewillt sind, den Kampf der Arbeiterschaft für Besserstellung ihrer Lebenslage durchzuführen, auch im hiesigen Industriegebiete. Er antwortete: Das Gegenteil ist der Fall. Also, er will weiter seine Sterngruckerei betreiben, dieweil die Arbeiterschaft verhungert. Wir danken Herrn Lebbin für diese Auskunft. Diese Brutalität zeigt so recht die ganze Unmoral dieser Heuchler der VSPD. Sie schlagen lieber kommunistischen Ortsverwaltungsmitgliedern ohne jeglichen Grund das Nasenbein ein, als daß sie sich im scharfen Klassenkampf mit den Anilinkönigen messen. Ja, ja, umsonst befördern einem die Anilinkönige nicht zum Krankenkassenangestellten.

Delitzsch. Ein verwegener Raubüberfall wurde, wie die „Del. Ztg.“ meldet, in der Zscherngasse verübt. In der neunten Stunde vormittags erschien in dem Altwarengeschäft von Jentzsch ein junger Mann und verlangte Nadeln, die ihm auch verabreicht wurden. Hierfür hatte er 9 Mk. zu bezahlen und legte der Verkäuferin 20 Mk. hin. Frau Jentzsch mußte sich, um dem Käufer das Geld wieder zurückzugeben, von ihm abwenden, und diesen Moment benutzte der Rohling, mit einem selbstgefertigten Totschläger (mehrere Kinnketten zusammengebunden und an den Enden zwei Mutterschrauben befestigt) der Frau mit Wucht über den Kopf zu schlagen. Die Verletzte, die mit einer klaffenden Kopfwunde blutüberströmt zusammenbrach, besaß noch soviel Kraft, nach Hilfe zu rufen. Dadurch wurde der Täter ängstlich, und in seiner Erregung fand er nicht gleich den Ausgang ins Freie. Er wurde in der Bitterfelder Straße am Monopol eingeholt. Der Täter ist der 17jährige Dienstknecht Armin Trinker aus Werben. Sein Vater hat eine 80 Morgen große Wirtschaft. Bei der Leibesvisitation wurde ihm noch ein Dolchmesser abgenommen.

Wiedemar. Eine Bluttat wurde dieser Tage in unserem Orte verübt. Der Gutsbesitzer und Zimmerpolier Richard Kohlmann, der auf der Nordseite des Dorfes, etwas isoliert stehend, sein Anwesen hat, ist erschossen worden. Soweit bisher festgestellt werden konnte, bellten um diese Zeit die beiden Hofhunde. Kohlmann wollte nach dem Grund forschen und ging zu diesem Zwecke nach dem Hofe. Kaum hatte er diesen betreten, als kurz hintereinander drei Schüsse fielen, die Kohlmann durchbohrten und seinen sofortigen Tod herbeiführten. Als Mörder wurde der 20jährige Sohn des Ermordeten, der Gärtnergehilfe Otto Kohlmann, ermittelt, verhaftet und dem Amtsgerichtsgefängnis in Delitzsch zugeführt. Nach anfänglichem Leugnen hat er zugegeben, seinen Vater aus dem Hinterhalt erschossen zu haben. Mit ihm verhaftet wurde die 21jährige Margarete Schimpke, gebürtig aus Petersdorf in Niederschlesien, die beim Gärtnereibesitzer Geidel in Delitzsch als Binderin tätig war und sich zurzeit in Wiedemar in Stellung befand. Mit diesem Mädchen unterhielt der junge Kohlmann ein Verhältnis, mit dem der Vater nicht einverstanden war. Ob das mitverhaftete Mädchen an dem Verbrechen beteiligt gewesen ist, wird die Untersuchung ergeben. Die Verhafteten wurden nach Halle gebracht.

Eilenburg. Sprechtag für Versorgungsberechtigte. Von jetzt an findet monatlich nur noch ein Versorgungssprechtag in Eilenburg statt. Der Sprechtag für Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene wird in diesem Monat am Mittwoch, 10. Januar, in Eilenburg im Rathause von 8 Uhr vormittags an abgehalten.

Inserenten! Fordert Offerten über Drucksachen ein

Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e. G. m. b. H., Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14. Fernruf: 1045, 1947, 2251. Unsere Vertreter stehen zu Diensten

„Madeleine“ 16
Der Film der schönen Frauen

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg.

Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1473. — Postscheckkonto Leipzig 107 001, **Artur Sämisch**, Bezirks-Sekretär. **Geschäftszeit:** Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Versammlungen.

Ortsverein Halle.

Donnerstag, 4. Jan., abds. 1/2 8 Uhr: **Distriktsversammlungen.** 5. Distrikt 9. Distr. (Loests Hof), 9a (Thüringer Schlößchen), 10. Distrikt (Dreibund), 6. Distr. (Produktiv), 11. Distr. (Dittner, Landsbergerstr.) Die Kassierer müssen sofort beim Gen. Claus restlos abrechnen.

Freitag, 5. Januar, abends 1/2 8 Uhr: 17. Distr. (Sonne, Rich. Wagnerstr.), 7a (Produktiv), 22. Distr.

Sonnabend, 6. Jan., abends 1/2 8 Uhr: 7. Distr., 15. Distr. im bek. Lokal.

Obmänner der Elternbeiräte sämtlicher Volksschulen Halles. Sonnabend, den 6. Januar, abends 8 Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft“. **Sitzung.** Wenn Obmann verhindert, sind Stellvertreter zu schicken.

Halle-Saalkreis.

Lettin. Mittwoch, den 3. Januar, abends 8 Uhr, beim Gen. Jannecke: **Diskussionsabend.**

Kreis Wittenberg.

In folgenden Orten finden **Oeffentliche Versammlungen** mit dem Thema „Die politische Lage und die Kreistagswahlen“ statt:

Pretzsch. Donnerstag, 4. Jan., abds. 7 1/2 Uhr, im Gasthof. Refer.: Gen. Lehmann, Zahna.

Euper. Donnerstag, 4. Jan., abds. 7 1/2 Uhr, im Gasthof. Ref.: Genosse Hilgers, Piesteritz.

Rudersdorf. Donnerstag, 4. Jan., abds. 7 1/2 Uhr, im Gasthof. Refer.: Landtagsabgeordneter Gen. Ulrich Rogg, Wittenberg.

Schmilkendorf. Donnerstag, d. 4. Jan., abds. 7 1/2 Uhr, im Gasthof. Referent: Genosse Hildebrandt, Wittenberg.

Gniest. Donnerstag, den 4. Jan., abds. 7 1/2 Uhr, im Gasthof. Referent: Genosse Chemnitz, Wittenberg.

Braunsdorf. Donnerstag, d. 4. Jan., abds. 7 1/2 Uhr, im Gasthof. Referent: Genosse Baßümer, Piesteritz.

Teuchel. Donnerstag, d. 4. Jan., abds. 7 1/2 Uhr, im Gasthof. Ref.: Genosse Borsdorf, Wittenberg.

Merkwitz. Donnerstag, d. 4. Jan., abds. 7 1/2 Uhr, im Gasthof. Referent: Genosse Schippa, Halle.

Reinsdorf. Donnerstag, den 4. Jan., abds. 7 1/2 Uhr, im Gasthof. Referent: Genosse Fritz Müller, Wittenberg.

Piesteritz. Freitag, 5. Jan., abds. 7 1/2 U. Referent: Genosse Schippa, Halle.

Dobien. Freitag, 5. Jan., abds. 7 1/2 U. im Gasthof. Refer.: Gen. Plättner, Wittenberg.

Prühlitz. Freitag, 5. Jan., abds. 7 1/2 U., im Gasthof. Referent: Reichstagsabgeordneter Gen. Wilh. Koenen.

Pratau. Freitag, 5. Jan., abds. 7 1/2 Uhr im Gasthof. Ref.: Landtagsabg. Gen. Ulrich Rogg, Wittenberg.

Elster. Freitag, 5. Jan., abds. 7 1/2 Uhr, im Gasthof. Ref.: Gen. Chemnitz.

Reuden. Freitag, 5. Jan., abds. 7 1/2 Uhr, im Gasthof. Ref.: Gen. Borsdorf.

Bleesern. Freitag, 5. Jan., abds. 7 1/2 U., im Gasthof. Ref.: Gen. Baßümer.

Zahna. Freitag, 5. Jan., abds. 7 1/2 Uhr, im Gasthof. Ref.: Landtagsabg. Gen. Kilian, Halle.

Schleesen. Freitag, 5. Jan., abends 7 1/2 Uhr, im Gasthof. Ref.: Genosse Fritz Riebenstahl, Halle.

Kreis Delitzsch.

Glesien. Donnerstag, 4. Jan., abends 7 Uhr, in Raues Gasthof: **Sitzung aller Kommunalvertreter.** Referent Landtagsabg. Gen. Otto Kilian.

Kreis Bitterfeld.

Ramsin. Freitag, 5. Jan., abds. 8 Uhr **Oeffentliche Versammlung.** Refer. Genosse Karl Oertel, Halle.

Kreis Merseburg.

Schkeuditz. Freitag, 5. Jan., abds. 8 U., i. „Lindenhof“: **Generalversammlung.**

Alle Ortsgruppen der KPD. die Veranstaltungen vornehmen, und hierzu **Drucksachen** benötigen sind verpflichtet, diese in unserer Druckerei herstellen zu lassen.

Gold-, Silber-, Platin-
Bruch und Gegenstände
kauft zu 5485
reellen Preisen luxussteuerfrei!!
A. Föllner,
Reilstraße,
gegenüber der Kaserne.
Gr. Ulrichstr. 37,
2 Treppen.
Merseburger Str. 24,
parterre.

Sind *8
Geschlechts-leiden
aller Art, auch in veralt. Fällen, o. Salvars. u. Quecksilbereinspr. heilbar? Tausende v. Geheilt lief. Ihnen den Beweis. Verl. Sie meinen Ratgeber über Haut- u. Geschlechtsleiden, Erk. u. Heilung mit viel. Dankschreib. v. Geheilt. durch **Timms Kräuterkuren** o. Berufsstör. Erfolge durch Blutuntersuch. best. Versand diskret gegen Vor-einsendung von 47 Mk. **Dr. T. P. Raueiser**, med. Verlag, **Hannover**, Odeonstraße 3.

Werbt für den „Klassenkampf“

Wittenberg

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle Elsterwerda.

Sonnabend, 6. Januar, abends 8 Uhr, im „Gasthof zur Sonne“: Quartals-Generalversammlung 4. Quart. 1922.

Tagesordnung: 4

1. Geschäfts- u. Kassenbericht. 2. Anträge. 3. Verbandsangelegenh. u. Verschiedenes.

Anträge müssen 8 Tage zuvor schriftlich an die Ortsverwaltung eingereicht werden. Eintritt nur gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuches. Es ist Pflicht aller Mitglieder zu erscheinen. Der Saal wird gut geheizt. **Kein Trinkzwang.**

Die Ortsverwaltung. J. A.: E. Hinterlach

Bekanntmachung.

Vom 1. Januar 1923 sind die Anordnungen über die Abzüge vom Arbeitslohn bezüglich der Steuerzahlung geändert. Wir verweisen auf die Bekanntmachung des Finanzamtes Wittenberg vom 27. Dezember 1922 („Wittenberger Kreisblatt“ 12.) und bemerken, daß ein Merkblatt über die neuen Abzüge im Gemeindeamt, Zimmer Nr. 2 eingesehen werden kann.

Piesteritz, den 30. Dezember 1922.

Der Gemeinde-Vorsteher.
Kuntz. 5

„Madeleine“
Der Film der rassigen Pferde 16

Reichskanzler Dr. Cuno

in seiner Ansprache anläßlich des Empfanges des Vereins Berliner Presse im Reichstage am 3. Dezbr. 1922:

„Was die Einmarschdrohung anlangt, die das Rheinland beunruhigt, die eine Bevölkerung beunruhigt, die im Lande sitzt, wo jeder Stein von deutschem Wesen spricht, diese Einmarschdrohung und die besonderen Bedrückungen, die anscheinend im Elysée-Palast besprochen worden sind, denen gegenüber wollen wir doch erneut erklären daß das Rheinland seit zu Deutschland gehört“. (Brausender Beifall.)

Der Film des Tages:

DER RHEIN.

Deutschlands Strom in Vergangenheit u. Gegenwart.
Ein Filmwerk in sieben Akten,
bearbeitet und aufgenommen von
Prof. Dr. F. Lampe und Dr. Zürn.
15 Musikleitung: Herr Kapellmeister Richter.
Verstärktes Orchester.
Die Vorführung wird ergänzt durch
Gesangsvorträge von Rheinliedern.
Ab Freitag, den 5. Januar 1923.
UT **Alte Promenade 11a.**
Siehe morgiges Inserat!

Deutscher Metallarbeiterverband Verwaltung Halle a. S.

Sonntag, den 7. Januar 1923, vormittags 9 1/2 Uhr, im „Volkspark“:

Generalversammlung.

Tagesordnung: 7

1. Jahresbericht und Neuwahl der Ortsverwaltung.
2. Wahl von drei Delegierten zur Bezirkskonferenz in Dessau
3. Verbandsangelegenheiten.

Die Kollegen werden um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht.

Die Ortsverwaltung.

— Ohne Mitgliedsbuch des DMV. kein Einlaß. —

Pelikan-Caramelbier

ist reich an Extrakt und Nährstoffen, wirkt nie berauschend oder ermüdend, ist allen, denen an der Erhaltung und planmäßigen Auffrischung der Kräfte gelegen ist, dringend zum täglichen Genuß zu empfehlen. 5

Man achte beim Einkauf auf die Schutzmarke Pelikan!

Geschlechtsleiden!
Drei lehrreiche Hefte, à Stück Mk. 10,00, Porto extra. 1. **Harnröhrenleiden** (frisch und veraltet) mit Anhang: **Weißfluß d. Frau.** 2. Behandlung der **Syphilis.** 3. **Nervenschwäche spez. Manneschwäche.** Keine Berufsstörung, keine gift Einspritz. Viele Anerkennungen. Schreiben Sie sofort, welches Leiden Ihnen Sorge macht. Alles völl. diskret. Dr. med. **H. Schmidt,** Spezialinstitut G. m. b. H. *5
Berlin NW 89, Rathenower Straße 73,
Sprechst. 10—1, 4—7.

Briefttasche v. Glauch. Str. bis Rud.-Hammstr. verl. Inh. a. Belohn; nur Papiere u. Tasche zurückerb. Abzugeben Rud.-Hammstr. 38, p. l.

Stadt-Theater.
Donnerstag nachmittag 3 1/2 Uhr
Wie Klein-Else das Christkind suchen ging.
Donnerstag abend 7 1/2 Uhr: 8
Maria Stuart.

Platin-, Gold-, Silber- Bruch
Zahngebisse Brillanten
kauft z. reell. Preis
Willi Meyer,
Gr. Märkerstr. 3, II. l.
Geöffnet 7 b. 9 Uhr

Fußbälle
Spezialität: 6
Marke „Salzgraf“
pa. Panzer-Kernchromled.
anerkannt erstklassig
Jungmann-Bälle
Sportgerechte
Fußballstiefel, Jugendstiefel.
Solide Ware.
Große Auswahl.
J. Schärer & Cie.
Halle (Saale)
Gr. Ulrichstraße 40
Eing. Kaulenberg).

Parteischriften empfiehlt **Volksbuchhdlg.**

Jg. Ehepaar (kinderl.) sucht per sof. möblierr. Zimmer mit Kochgelegenheit geg. Kohl.-Vergüt. Off. u. Kl. 12 an die Exp. d. Ztg.

Deutscher Bauarbeiterverband.
Bezirksverein Halle.

Donnerstag, den 4. Januar, abends 1/2 8 Uhr, i. „Volkspark“ (Rest.-Saal):

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:

1. Verbandsangelegenheiten.
2. Das Ergebnis der Verhandlungen vor dem Bezirkslohnamt.

Vollzähliges Erscheinen der Mitglieder ist Pflicht. **Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.** 6

Die Ortsverwaltung.

C. W. Trothe,
Diplom-Optiker, 11
Halle a. d. S., Gr. Steinstr. 16.
Gegr. 1816. Fernruf 2916.
Lieferant sämtlich. Krankenkassen.

Felle:
Hasen, Kanin, Katzen
kauft 9
P. Sitte & Co.,
Halle a. d. S.
Mittelwache 13 u.
Glauchaerstr. 4.
Telephon 5475.

Möbel 5484
liefert noch preiswert **Schlafz., Küchen, Kleiderschränke, Vertikos, Tische, Stühle, Bettstellen mit Matratzen, Sofas, Chaisel.,** alles in gr. Auswahl, neu u. gebr.
Otto Thormann,
Brüderstraße 14.

„Madeleine“ 16
Der Film der interess. Männer

Kaufe laufend:
Lumpen, Knochen, Papierabfälle, Zeitungen, Eisen, Felle
und sonstige Rohprodukte.
P. Günther,
Graseweg 8. 10
Telephon 6130. Telephon 6130.

Schokoladen Zuckerwaren usw. 7
kaufen Wiederverkäufer a. billigsten b.
Bachran & Co.,
Markt 6, gegenüber Börse.

Zeitungsverkäufer für „Das Wort“ sofort gesucht. Zu melden im Verlage, Lerchenfeldstraße 14.

Eisleben.

Eisleber Lichtspiele.
Dienstag bis Donnerstag:
Albert Bassermann, Lotte Corder, Rudolf Kleinroge, Max Wogritsch, Margarete Neff in:
Die Nächte des Cornelius Brouwer.
Sittendrama in 6 Akten.
Schattenkinder des Glückes.
Soziales Gesellschaftsdrama und Lebensbild in 6 Akten. 5

Bekanntmachung.

Die Zahlung der Teuerungszuschüsse zu den Militärversorgungsgebührnissen für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene im Stadtkreise Eisleben für den Monat Januar d. J. findet in der Fürsorgestelle am Freitag, dem 5. d. M., in der bisherigen Reihenfolge von 9—12 1/2 und 2 1/2—5 Uhr statt.

Für allen übrigen öffentlichen Verkehr bleibt an diesem Tage das Bureau geschlossen.

Eisleben, den 2. Januar 1923.

Amtliche Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene für den Stadtkreis Eisleben. 6

Bekanntmachung.

Der Kreistag bewilligte in seiner Sitzung am 6. Dezbr. 1922 einstimmig **16 Millionen Mark zur Linderung der Not der Aermsten des Seekreises** und bildete eine Kommission für Notstandshilfe, die aus nachstehend aufgeführten Herren besteht: Kreistagsabgeordnete, Breunig, Barth, Scholz, Jahn und Hahne.

Diese Kommission trat am 13. Dezember 1922 zu einer Vorbesprechung zusammen, in der nachstehende Richtlinien für die **Notstandshilfe** festgesetzt wurden:

1. Es sollen aus den sofort greifbaren Mitteln zunächst unterstützt werden: a) Notleidende, die ohne jede Rente sind, b) Kleinkapitalrentner, c) erwerbsunfähige Schwerkriegsbeschädigte und Altrentner, d) erwerbsunfähige Kriegerwitwen und e) die Kriegereltern.

2. Von den aufzubringenden 16 Millionen stehen 6 Millionen aus bereiten Mitteln des Kreises zur Verfügung. Hiervon gelangen 5 Millionen sofort zur Verteilung, während 1 Million zur Rücklage gestellt wird. Die restlichen 10 Millionen sollen durch freiwillige Gaben aller Berufsstände des Mansfelder Seekreises aufgebracht werden. Es sollen sich daran beteiligen a) die Landwirtschaft, b) Großindustrie, c) Kaufmannschaft, d) Handwerkerschaft, e) die Beamten und Angestellten, f) die Arbeiterschaft, g) die Molkereien, h) die Presse.

Die Hilfe soll geleistet werden durch Lieferung von Naturalien aller Art, Bereitstellung von Geldmitteln usw.

In 31 Städten und Gemeinden des Mansfelder Seekreises sollen Notstandsküchen eingerichtet werden, die übrigen Gemeinden sollen Unterstützungen für Notleidende in Geld erhalten. Bis zum 5. Januar 1923 haben die Gemeinden, in denen Notstandsküchen errichtet sind, das Ergebnis zu melden. Die Speisung ist vorläufig bis einschließlich Mitte April 1923 gedacht.

Dies ganze Hilfswerk gelingt nur, wenn es auf breitester Grundlage aufgebaut wird. Es ist deshalb Pflicht jedes Einzelnen, an dem Gelingen mitzuhelfen. Die Not der Armen ist fast bis ins Unerträgliche gestiegen. Schnelles Eingreifen und Handeln tut dringend not.

Ich lade deshalb zu einer allgemeinen Aussprache über die Notstandshilfe **zum 9. Januar 1923, vormittags 10 1/2 Uhr** in Eisleben, im Gasthof zum „Goldenen Schiff“ (Saal), ergebenst ein und bitte dringend, zu dieser hochwichtigen Versammlung unbedingt zu erscheinen oder einen mit Vollmacht versehenen Vertreter zu entsenden. Die Teilnehmer zu dieser Sitzung müssen berechtigt sein, bestimmte Zugeständnisse zu dieser Hilfsaktion machen zu können. Um sie dazu in die Lage zu versetzen, ist es erforderlich, daß sie vorher mit ihren Verbänden, Vereinen, Gewerkschaften, Innungen usw. Fühlung nehmen. Jedenfalls müßten die Vorbesprechungen u. Vereinbarungen dieser Interessentengruppen so weit gediehen sein, daß sie zu der Versammlung am 9. Januar 1923 feste Zugeständnisse machen können.

Ich darf bei allen in Frage kommenden Kreisen ein entgegenkommendes Verständnis voraussetzen und bitte nochmals sich an der Versammlung vollzählig zu beteiligen und falls einige Gruppen nicht genannt sein sollten, diese zum Erscheinen mit aufzufordern.

Eisleben, den 29. Dezember 1922.

Kreiswohlfahrtsamt des Mansfelder Seekreises. Abt. Notstandshilfe.

v. Mettenheim. 7

Hausfrauen, kauft nur bei unseren Inserenten!

„Madeleine“
16 Der moderne Großfilm

Mit dem 31. Januar läuft die Spende ab

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230103-18/fragment/page=0004

Klassenkampf

Die Aufgaben der Elternräte im Kampfe gegen das Schulkinderelend

1. „Das proletarische Kind" hat fortlaufend **statistisches Material** über die furchtbaren Verheerungen gebracht, die durch die wirtschaftliche Not unter der proletarischen Jugend angerichtet wurden. Nr. 20 der „Kommunistischen Partei-Korrespondenz" bringt noch einmal in fünf Spalten eine **instruktive** Zusammenstellung von Zahlen und Angaben über die Lage des proletarischen Kindes im sogenannten „Jahrhundert des Kindes".

Es ist nun die Aufgabe der kommunistischen Elternräte, dies **furchtbare Anklagematerial** gegen die herrschenden Klassen und ihre Helfershelfer, die Sozialdemokraten, **unter der Elternschaft und Lehrerschaft und in den proletarischen Massen zu verbreiten.** In Elternsitzungen, Elternversammlungen, überall, wo über Schulwesen gesprochen und verhandelt wird, müssen unsere Elternvertreter ihre Stimme erheben. Sie müssen selbst Elternversammlungen mit dem Thema „Das Schulkinderelend und die Abwehrmaßnahmen des Proletariats" einberufen, wie das in Lichtenberg geschehen ist und in nächster Zeit in Berlin planmäßig durchgeführt wird.

Ferner müssen die Elternbeiräte **in den gegen Elend und Teuerung gerichteten öffentlichen Versammlungen auch Schulnot und Schulkinderelend** zur Sprache **bringen,** wie das mit großem Erfolg in Berlin geschehen ist.

Von der **Arbeiterpresse,** vor allem natürlich der Parteipresse, müssen sie die Veröffentlichung des Materials fordern.

2. Sie müssen ihrerseits von den Schulen fordern, daß sofort mit Hilfe des Schularztes unter Mitwirkung des Elternrats und der Lehrerschaft eine **statistische Erhebung über die gegenwärtigen Ernährungs-, Bekleidungs-, Wohnungs-, Gesundheitsverhältnisse und die Erwerbsarbeit der Kinder vorgenommen wird.** Sträubt sich die Schule, so müssen sie solche Erhebungen von der Schulverwaltung, **Schuldeputation oder Kommunalverwaltung fordern.** In Thüringen ist diese Arbeit in weitem Umfange durchgeführt. Sabotage ist in der Presse zu brandmarken.

3. Die Elternräte müssen in den Elternratssitzungen, Elternversammlungen usw. besonders die **nachstehenden Forderungen** erheben und den Schulbehörden, Stadt- und Landesparlamenten vortragen:

a) keine Entlassung von Lehrkräften (Junglehrern), vielmehr Herabsetzung der Klassenfrequenzen nicht nur aus pädagogischen, sondern besonders auch aus hygienischen Gründen. Die zu Januar und April in großem Umfange drohenden Entlassungen müssen — nötigenfalls durch Anwendung des Schulstreiks — verhindert werden;

b) **Unentgeltlichkeit der Lernmittel** (siehe Reichsverfassung, Artikel 145), Zentraleinkauf derselben durch die Kommunen oder Elternschaft selbst auf Kosten der Gemeinden. Dies letztere ist bereits an vielen Orten und Schulen durchgeführt.

c) Ausdehnung der **Schulspeisung** auf Schüler aller Schulen, deren Eltern mit ihrem Einkommen das Existenzminimum nicht erreichen. Unentgeltliche **Belieferung Bedürftiger mit Wäsche, Kleidung, Schuhwerk, Nährmitteln** (siehe Punkt 2, Statistik!);

d) keine **Kohlenferien,** keine Zusammenlegung von Schulen zum Zwecke der Kohlenersparnis. Vielmehr so reichliche Belieferung der Schulen mit Kohlen, daß sie auch an Nachmittagen von Kindern und Eltern aufgesucht werden können.

4. Es darf nicht wie bisher bei vereinzelten Verstößen in dieser Richtung sein Bewenden haben, sondern die kommunistischen Elternräte müssen in Verbindung mit der Partei, der Frauenorganisation, den kommunistischen Lehrern und Kommunalvertretern auf eine Vereinheitlichung dieser Bewegung hinarbeiten.

Vor allem müssen sie den Anschluß an die Betriebsrätebewegung suchen und entweder die örtlichen Kontrollausschüsse zur Uebernahme dieser Forderungen (die natürlich nach den örtlichen Verhältnissen abgerundet oder ergänzt werden müssen) veranlassen oder selbst aus den Reihen der Elternräte, Schulausschüsse zur Durchführung dieser Maßnahmen bilden. Hier ist der Punkt, wo die Arbeit der Elternräte unmittelbar mit dem heute wichtigsten Kampf der Arbeiterschaft verbunden werden muß. Eine Abordnung von Thüringer und Berliner Elternräten und Lehrern wird dem **Reichsbetriebsrätekongreß** die Forderungen des Proletariats gegen Schulnot und Kinderelend vortragen. Diese Aktion muß ihren Widerhall und ihre praktische Wirkung in jeder Gemeinde und jeder Schule finden.

Elternräte, heraus aus Eurer Untätigkeit! Hier sind Aufgaben, von deren Lösung Wohl und Wehe des proletarischen Nachwuchses abhängt. Tut Eure Pflicht! F. A.

(Aus „Das proletarische Kind" Nr. 12, Dezember 1922.)

Halle und Saalkreis

Halle, den 3. Januar 1923.

Ein vergeblicher Notschrei

Wir haben im „Klassenkampf" schon öfter über die Lage im Zeitungsgewerbe berichtet. Unsere Leser sind über die unersättlichen Forderungen der Holz-, Papier- und Zellstoff-Fabrikanten im Bilde. Trotz aller Proteste der Zeitungsverleger gegen diese Schraube ohne Ende und trotz aller Versprechungen der Regierung wirkten alle Maßnahmen gegen den Papierwucher nur wie der Tropfen auf einen heißen Stein. Tausende von Zeitungen haben ihr Erscheinen bereits einstellen müssen. Das Aussterben der Presse erhöht sich mit jedem Monat.

Ist es nicht geradezu ein Skandal, daß die Zeitungsverleger heute noch nicht wissen, wie hoch sich der Preis des Zeitungsdruckpapiers im Januar stellt? Die neueste Taktik der Papierwucherer ist, daß sie in einem Monat zwei verschiedene Papierpreise festsetzen. Es ist dabei selbstverständlich, daß der Preis in der zweiten Hälfte höher ist als in der ersten.

Wie soll ein Zeitungsunternehmen für den kommenden Monat eine Kalkulation aufstellen? Bisher ist mitgeteilt worden, daß ein Kilo Druckpapier von 445 Mk. auf 800 bis 900 Mk. im Januar erhöht werden soll.

So hoch auch unsere Abonnementsforderung erscheinen mag, so bleibt sie doch weit unter den Steigerungen der Papierpreise. Die Folge wird sein, daß sich die Zeitungen noch mehr einschränken, daß noch viele Zeitungen ihr Erscheinen einstellen müssen. Für die Arbeiterschaft ist es in dieser Zeit besonders wichtig, ihr Sprachorgan nicht zu verlieren. Und darum muß sie auch auf diesem Gebiete Opfer bringen und muß ihrer Zeitung die Treue bewahren.

Die im Verband der deutschen Zeitungsverleger vereinigten Unternehmer erfaßt ein Grauen, wenn sie nur einen kleinen Blick in die Zukunft wagen. In der letzten Ausgabe ihrer Zeitschrift „Zeitungs-Verlag" vom 29. Dezember 1922 kommt dies in mehreren Artikeln zum Ausdruck. Es heißt dort u. a.:

In Anbetracht der für die Zeitungen ungeheuerlich verschärften Wirtschaftslage hat sich der Geschäftsführende Ausschuß des Vereins Deutscher Zeitungs-Verleger entschlossen, für Sonntag, den 14. Januar 1923, eine außerordentliche Hauptversammlung nach Würzburg einzuberufen.

Es stehen Dinge auf dem Spiel, wie sie in der Geschichte der deutschen Presse noch nicht dagewesen sind. Die Ereignisse, die die deutsche Presse immer mehr an den Rand des Verderbens bringen, überstürzen sich. Es gilt, in letzter Stunde Wege zu finden und Pläne aufzuzeigen, um aus der gegenwärtigen Notzeit und der noch schwieriger werdenden Zukunft so viel wie möglich zu retten.

Zu dieser Einberufung einer „Außerordentlichen Hauptversammlung" muß man unwillkürlich an die letzte Hauptversammlung im März in Weimar, an die „denkwürdige" Reichstagssitzung im April, wie an all die übrigen einberufenen Bezirkssitzungen im Reiche denken, wo immer wieder die katastrophale Lage der Presse auf der Tagesordnung stand. Was ist das Resultat der „gefaßten Maßnahmen"? Die Herren Verleger können sich diese Frage selbst beantworten oder besser gesagt, sie haben es bereits getan in der Einberufung einer außerordentlichen Hauptversammlung zum 14. Januar. Die Komödie von Weimar und im Reichstag wird in Würzburg weitergeführt. Wieder werden Protestkundgebungen gefaßt, wieder wird man der Regierung den „Kampf" ansagen und drohen, die Parlamentsberichte nicht mehr abdrucken zu wollen usw. Die Zusammenkunft in Würzburg ist für die Zeitungsverleger weiter nichts als eine kleine Vergnügungsfahrt. Trotz der tatsächlich bestehenden katastrophalen Lage im Zeitungsgewerbe können diese Herren sich nicht ermannen, einen wirklichen Kampf gegen die Fabrikanten aufzunehmen. Die Regierung selbst ist jetzt erst recht nicht mehr in der Lage, einen Druck auf die Fabrikanten auszuüben.

So geht es weiter bergab. Jede Tagung des Deutschen Zeitungs-Verleger-Verbandes aber ist ein Unsinn, wenn die Verleger aus den bisherigen Entwicklungen nicht endlich die Lehren ziehen.

Streik im Holzgewerbe

Die im Holzgewerbe in Halle beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter legten heute früh geschlossen wegen Nichtbewilligung der im Schiedsspruch vorgesehenen Löhne die Arbeit nieder.

Funktionärsitzung der KPD.

Gestern abend fand in der Produktiv-Genossenschaft eine Funktionärsitzung statt, die sich mit der Generalversammlung beschäftigte. Genosse Sachse schlug folgende Tagesordnung vor: 1. Die politische Lage (Referent Genosse Schumann. 2. Organisatorischer Bericht. 3. Kassenbericht. 4. Wahlen zum Bezirksparteitag. Die Tagesordnung wurde angenommen. Die Generalversammlung beginnt vormittags 9 Uhr.

Genosse Richter betonte dann die Notwendigkeit einer schnelleren und geregelteren Abrechnung der Parteibeiträge, um auf der Generalversammlung in der Lage zu sein, einen geordneten Kassenbericht zu geben. Es läge im Interesse der Genossen, alles aufzubieten, die Distrikte durchzukassieren.

Genosse Krause sprach über mangelhafte Aufklärung der Funktionäre durch die Ortsleitung bei Eintritt einer Erhöhung des Abonnementspreises der Zeitung. Genosse Schumann erwiderte, daß der Wunsch, Informationen über stattzufindende Neuregelung des Zeitungsgeldes auch bei der Geschäftsleitung vorhanden sei, dies leider aber infolge der unbeständigen, sich täglich ändernden Wirtschaftsverhältnisse (Papierpreise, Erhöhung der Post- und Bahntarife, des Arbeitslohnes usw.) nicht möglich wäre.

Ueber die Mieterbewegung setzte eine längere Diskussion ein. Ein Zeichen, daß die Genossen der Mieterfrage ihr vollstes Interesse entgegenbringen.

Die Kommunistenhetze

Der Genosse Höcker teilt uns folgenden bezeichnenden Vorfall mit: Am Dienstagmittag gegen 2 Uhr kam ich am Zeitungsstand Franckeplatz vorbei und sah mir die Ueberschriften einiger bürgerlichen Zeitungen an. Es erschien ein Sipo und nahm sich eine „Klassenkampf"-Nummer mit dem Bemerken: „Ich wußte doch, daß die Schweine so etwas schreiben werden." Darauf machte ich die Bemerkung: „Wie kommen Sie dazu, die Redakteure des „Klassenkampf" als Schweine zu bezeichnen." Darauf wurde der Sipo sehr erbost und drohte, mich sofort zur Wache zu schleppen. Ich erwiderte ihm, daß auch die Kommunisten Steuern zahlen und sich verbitten, von ihm als Schweine bezeichnet zu werden.

Nationalistischer Protestrummel

Im „Stadtschützenhause" „protestierten" gestern die rheinischen und hallischen Nationalisten gegen die französische Gewaltpolitik und gegen die schwarze Schmach. Alle „Größen" der Deutschnationalen Partei waren selbstverständlich auch vertreten. Als Redner war der ehemalige Abgeordnete aus dem Saargebiet Ommert erschienen, der den „Protestierenden" durch eine Anklagerede gegen den französischen Militarismus und dessen imperialistische Raubpläne die nötige Proteststimmung beibringen mußte. Der ganze Protestrummel dieser Nationalisten spiegelt sich in zwei Sätzen wider, die der Redner mit der größten Entrüstung von sich gab: „Millionen werden täglich in Cafés, in Likörstuben und auf Tanzböden verschleudert — von den Arbeitern und den jungen Lausejungens", und der zweite Satz: „Der Rhein erstarrt, wenn er diese wilden schwarzen Figuren mit ihren Affenmäulern sieht. Wir müssen sie verjagen, wir müssen uns zusammenschließen und zurückerkämpfen, was man uns genommen. Trotzdem der erste Redner sich alle Mühe gab, Stimmung für den nationalistischen Rummel zu machen, wurde die Versammlung nicht warm. Die Deutschnationalen hatten das schon vorausgeahnt. Um diesen Mangel wettzumachen, hatten sie in letzter Stunde noch den deutschnationalen Professor Fleischmann aus Halle geholt, der denn auch die richtigen Worte fand, der nicht nur das Rheinland zurückhaben will, sondern Elsaß-Lothringen, die Schweiz und noch viele andere „uralten" teutschen Gebiete. Es wurde dann noch eine Protestresolution angenommen und zum Schluß die neue sozialdemokratische Nationalhymne „Deutschland, Deutschland über alles" gesungen.

„Unterschlagene Streikgelder"

Wir berichteten gestern schon, daß in der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse eine Meldung verbreitet wird, wonach 85 000 Mark Streikgelder für die Ludwigshafener Arbeiter unterschlagen worden sein sollen. Bis jetzt ist uns noch nichts Näheres darüber bekannt. Das hallische „Volksblättchen" benützt natürlich diese Gelegenheit, um in der wüstesten Weise gegen die Kommunisten zu hetzen, und ist auf einmal ganz besorgt darum, daß die gesammelten Streikgelder auch richtig verwendet werden. Wenn sich die Volksblättchen-Redakteure nicht beruhigen können und vielleicht Angst haben, daß ihre gezeichneten Beträge nicht richtig verwendet werden, so ist die Streikleitung sicher gern bereit, ihnen ihre gezeichneten Beträge wieder zurückzuzahlen.

Von der Hochschule

Unter reger Beteiligung hielt im Stadthause der Studienausschuß der Volkshochschule eine Sitzung ab. Es kam zum Ausdruck, daß die Entwicklung unserer Volkshochschule eine sehr erfreuliche ist. Es haben in der Zeit vom Oktober bis Dezember über 4000 Hörer die Arbeitsgemeinschaften und Vorlesungen besucht. Das ist das Doppelte gegenüber dem Sommersemester.

Der neue Arbeitsplan für das Semester Januar-März, das am 22. Januar beginnen wird, wurde vom Studienausschuß angenommen. Er enthält 31 verschiedene Vortragsreihen und Kurse aus den verschiedensten Wissensgebieten, sowie eine Reihe Einzelvorträge von Universitätslehrern und anderen bewährten Lehrkräften. Für das kommende Semester sind als Dozenten gewonnen: Geh. Med. Rat Univ.-Prof. Dr. Abderhalden, Geh. Justizrat Univ.-Prof. Dr. Finger, Univ.-Prof. Dr. Joerges, Univ.-Prof. Dr. v. Gierke, Univ.-Prof. Dr. Steinbrück, Stadtschulrat Dr. Truschel, Univ.-Prof. Dr. Menzer, Geh. Konsistorialrat Univ.-Prof. Dr. Eger, Univ.-Lektor Dr. Wittsack, Univ.-Prof. Dr. Bremer, Privatdozent Dr. Wichmann, Privatdozent Dr. Moser, Privatdozent Dr. Liepe, Univ.-Prof. Dr. Frankl, Prof. Dr. Lezius, Architekt Knauthe, Arbeitersekretär Grabow, Schriftsteller Breitrück, Redakteur Schulz, Privatdozent Dr. Mulertt, Studienrat Dr. Fleischer, Studienrat Dr. Rühlemann, Rektor Splett, Rektor E. Haase, Ingenieur Hoffmann, Stadtarzt Prof. Dr. Japha, Museumsdirektor Prof. Dr. Hahne.

Es wurde in der Sitzung noch auf die durch die fortgesetzte Geldentwertung entstehenden Schwierigkeiten hingewiesen. Dabei sind im Vergleich mit anderen Volkshochschulen die Verwaltungskosten in Halle durch den äußerst vereinfachten Verwaltungsbetrieb sehr gering. Es wird jedoch auch weiterhin möglich sein, diese junge, sich kräftig entwickelnde Einrichtung aufrechtzuerhalten, vorausgesetzt, daß ihr nicht nur die aufopfernde Tätigkeit aus Hörerkreisen, sondern überhaupt das große Maß von Idealismus aller Beteiligten, insbesondere der Stadtverwaltung, auch ferner erhalten bleibt.

Das Vorlesungsverzeichnis erscheint am 7. Januar und ist kostenlos in den bekannten Verkaufsstellen zu haben. Außerdem bei Herrn Kastellan Lippke (Universität, altes Gebäude) und Amtsgehilfen Herrn Kluge, Melanchthonianum (Universität, neues Gebäude).

* **Feuer.** Gestern wurde die Feuerwehr zweimal alarmiert. Gegen ½10 Uhr vormittags waren in der Gr. Steinstraße in dem Laboratorium eines Zahnarztes durch Herausfallen von Funken aus dem Ofen leicht entzündliche Gegenstände in der Nähe desselben in Brand geraten. Das Feuer konnte im Entstehen unterdrückt werden. Abends gegen 7 Uhr geriet in der Reilstraße 35 durch eine brennende Lampe die Fensterbekleidung in Brand. Heute vormittag wurde die Feuerwehr telephonisch nach dem Grundstück Reilstraße 3 gerufen, wo durch einen überheizten Ofen in einem Bearbeitungsraum für Felle Feuer entstanden war. Die Feuerwehr konnte nach kurzer Zeit in ihre Wache zurückkehren.

* **Erhängt.** Gestern nachmittag erhängte sich in seiner Wohnung in der Parkstraße ein 40jähriger Lagerist. Der Grund zur Tat ist nicht bekannt.

Ammendorf. Die Weihnachtsfreude der Revolutionsopfer. Durch freiwillige Sammlungen für eine Weihnachtsbescherung der Revolutionsopfer hatte die Ammendorfer Arbeiterschaft 50 000 Mk. aufgebracht. Außerdem hatten Geschäftsfirmen (Konsumverein, Elstermühle, Scheffelwerke, Knäusel und das Schokoladenhaus) Lebensmittel, Kleidungsstücke usw. zur Verfügung gestellt. Am Sonnabend fand die Bescherung im Elstertal statt. Die Freude war überall groß. Langentbehrtes (Fleisch, Wurst, Schokolade usw.) konnten die Frauen mit nach Hause nehmen. Auch die Inhaftierten waren nicht vergessen worden. Jeder hat ein 20-Pfund-Paket erhalten.

— **Mißstände auf der Grube v. d. Heydt.** Durch den Lohnzahlungsmodus auf der Grube v. d. Heydt der Riebeckschen Montanwerke werden die Arbeiter betrogen und die Firma macht dabei ein ganz gutes Geschäft, wenn diese Methoden auch in den übrigen Betrieben (etwa 35 Stück) durchgeführt werden. Zunächst einmal müssen die Kumpels von Montag bis einschließlich Sonntag arbeiten, um erst am nächsten Freitag ihren Lohn zu bekommen. Jetzt ist die Firma schon dazu übergegangen, die Feiertage im voraus abzuziehen. So haben Arbeiter in der Woche vom 18. bis 24. Dezember sieben Schichten verfahren, haben aber am Lohntage, am 29. Dezember nur fünf Schichten ausgezahlt bekommen. Bei der fortschreitenden Geldentwertung hat nur der Arbeiter den Schaden. Der Betriebsrat sollte diesen Angaben einmal nachgehen und für Abhilfe sorgen. Die Arbeiterschaft wird ihn dabei unterstützen.

Sport

Turn- und Sportverein Fichte (Fußball-Abteilung). Am Sonnabend, dem 6. Januar, abends 8 Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft, Lerchenfeldstraße: Versammlung. Vollzähliges Erscheinen ist Pflicht.

Sport-Klub 1909, Halle. Bei dem am 1. Weihnachtsfeiertag in Magdeburg stattgefundenen Wettstreit errang unser Jugendringer Max Hausek den 1. Ehrenpreis. Erich Siedentopp den 2. Preis. Im Mannschaftsstemmen konnte der 3. Preis behauptet werden. — Der Verein hält seine Uebungsstunden Montags und Donnerstags in der Turnhalle der Johannesschule ab. — Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß am Sonntag, dem 7. Januar, vormittags 9 Uhr, unsere Generalversammlung bei Polzin stattfindet. Erscheinen aller Mitglieder ist dringend notwendig.

Arbeiter-Turn- und -Sportbund, 2. Kreis, 6. Bezirk. Sonntag, den 25. Febr., früh 9 Uhr, findet in Halle im „Volkspark" der Bezirkstag statt. Tagesordnung: 1. Berichte, 2. Technische Veranstaltungen, 3. Wahlen, 4. Bundestag, 5. Anträge, 6. Verschiedenes. Das Erscheinen sämtlicher Vereinsvertreter ist Pflicht. — Voraussichtlich findet am 17. bis 18. März im „Volkspark" ein Funktionär-Kursus statt. Die Vereine müssen schon jetzt in ihren Versammlungen dazu Stellung nehmen, damit jeder Verein vertreten ist. J. A.: Der Bezirksvertreter.

5. Gruppe. Sonntag, den 7. Januar, findet in Halle-Trotha im „Reichsadler" der Gruppentag statt. Es ist Pflicht der Vereine sowie auch der Fußballvereine, vertreten zu sein, da eine sehr wichtige Tagesordnung vorliegt. J. A.: Der Gruppenvertreter.

HFK. Sportlust, Jugend. Heute, Mittwoch, Mannschaftssitzung der Jugend bei Thomas. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung haben alle zu erscheinen.

FK. Eintracht Gröbers, Jugend fährt Sonntag, den 7. Januar nach Halle, um gegen Viktoria 1. Jugend ein Freundschaftsspiel auszutragen. Abfahrt 10 Uhr Gröbers. Spielanfang 1½ Uhr. Die Mannschaft spielt wie folgt: Müller, Bach, Dietrich, Göhre, Böttcher, Wust, Fischer, Hauptmann, Preußer, Seiler, Danke.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Louis Drechsler; für Anzeigen: Fritz Kroh, Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Luxussteuerfreier Verkauf.
Von 9 bis 6 Uhr geöffnet.
Gold-, Silber-, Platin-Bruch,
Dublee, Brillanten
kauft laufend
Holland, nur Schülershof 10
vom Markt sichtbar.
Reelle Bedienung.
Uhrreparaturen werden billig und gut ausgeführt. 14

Arbeiter! Kauft nicht in den Geschäften, die auf eure Kundschaft verzichten, zahlt mit gleicher Münze

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230103-18/fragment/page=0005

Leben · Wissen · Kunst

Die Klerisei

38] Roman von Nikolaus Leskow

Drittes Buch

Erstes Kapitel

Als Termosesow und seine Genossen beim Polizeichef erschienen, hatte Tuberozow schon eine Stunde abseits von den übrigen Gästen mit dem Adelsmarschall Tuganow geplaudert. Der alte Propst brachte dem vornehmen Gaste wieder all die Klagen vor, welche wir in seinem Tagebuche gelesen haben — und erhielt die alten Scherzworte zur Antwort.

„Was soll aus dieser Zerrüttung noch werden?" fragte der Propst und runzelte die Brauen. Der Adelsmarschall aber erwiderte ihm lachend:

„Wer kann wissen, was noch werden wird, mein Lieber?"

„Ohne Ideale, ohne Glauben, ohne Achtung vor den Taten der großen Vorfahren . . . Das . . . das muß Rußland zugrunde richten."

„Nun, wenn es zugrunde gehen soll, wird es eben zugrunde gehen," sagte Tuganow gleichgültig und stand auf. „Aber weißt Du — gehen wir wieder zu den Gästen. Unser Gespräch führt doch zu nichts. Du bist ein Maniak."

Der Propst trat einen Schritt zurück und sagte gekränkt:

„Wieso bin ich ein Maniak?"

„Was drängst Du Dich den Leuten auf und läßt niemand seine Ruhe? Ideal! Glauben! Was soll man tun, guter Freund, wenn die Zeit dafür vorüber ist?"

Tuberozow lächelte, seufzte leise und antwortete, nicht die Zeit des Glaubens und der Ideale sei vorüber, sondern die Zeit der Worte.

„Nun, so vollbringe Taten, Freund."

„Auch Taten sind noch nicht genug."

„Was brauchen wir denn?"

„Großtaten."

„So vollbringe Großtaten. Aber in welcher Art?"

„Im Geiste der Kraft, im Wehen des Sturmes. Daß die, so das Feuer löschen wollen, selber von der Flamme ergriffen werden."

„Ja, ja, Du willst wieder streiten. Halt lieber Frieden, Vater."

„Parmen Nikolajewitsch, ich höre so viel von diesem Frieden reden. Aber wie soll man Frieden schließen mit einem, der gar nicht um Pardon bittet? So ein Frieden taugt nicht viel, und unsere Ultvordern sagten nicht umsonst: Eh Du den Gevatter nicht vernagelt hast, kannst Du ihm keinen Friedenstrunk reichen."

„Ohne Prügel geht's bei ihm nicht."

„Gewiß nicht, Freund."

„Du bist noch der richtige Seminarist."

„Ich will auch gar nicht den großen Herrn spielen."

„Sag mal, willst Du durchaus leiden? Das tut man nicht einer Kleinigkeit wegen. Spare Deine Kräfte für eine bessere Sache."

„Sparsame Leute gibt es ohne mich genug. Ich muß meine Pflicht erfüllen."

„Der letzte wäre ich, der Dich abhielte, Deine Pflicht zu erfüllen, wie Dein Gewissen sie Dir vorschreibt. Geh hin und versuch es, die Schamlosen zu beschämen. Wenn Du es kannst, heißest Du Hans. Aber jetzt laß uns zu den Gastgebern gehen. Ich muß bald fort."

Der Propst folgte ihm. Er versuchte sich zusammenzunehmen, war aber sehr entmutigt. Er hatte etwas ganz anderes von dieser Zusammenkunft erwartet, ohne sich wohl selbst sagen zu können, was eigentlich.

Zweites Kapitel

Die beiden alten Herren saßen schon in dem kleinen Wohnzimmer, als die Hausfrau Warnawa und Termosesow hineinführte. Die Mehrzahl der anderen Gäste befand sich im Saal. Man plauderte, spielte Klavier und versuchte zu singen. Die Bizjukina, welche sich sonst überall zu Hause fühlte, hatte nicht den Mut, ihren Kavalieren ins Wohnzimmer zu folgen; da ihr andererseits die Gesellschaft der Damen nicht sympathisch war, nahm sie nahe der Tür Platz.

Das Wohnzimmer war ein schmaler Raum. Auf dem Sofa vor dem Tisch saßen Tuganow und Tuberozow, während der sanfte Benefaktow, Darjanow und der Kreisadelsmarschall Plodomasow auf Stühlen Platz genommen hatten. Achilla stand hinter einem leeren Sessel und stützte die Hand auf die Lehne. Die Bizjukina bemerkte, wie Termosesow das Zimmer betrat, sich höchst ehrerbietig verneigte, und — was wohl keiner für möglich gehalten hatte — plötzlich auf Tuberozow zuschritt und um seinen Segen bat. Am meisten erstaunt darüber war wohl Vater Samelij selbst. Er wußte im ersten Augenblick nicht recht, was er tun sollte, und als er dem Gast den erbetenen Segen erteilte, sah man ihm die Verwirrung deutlich an. Als Termosesow aber seine Hand küssen wollte, verlor der Propst so vollkommen die Fassung, daß er mit einer schnellen, energischen Bewegung Termosesows Hand nach unten zog und so fest drückte und schüttelte, als wäre es die Hand seines besten Freundes.

Termosesow bat auch Zacharia um seinen Segen, und der sanfte Benefaktow erwies sich diesmal findiger als Tuberozow. Er erteilte dem Gast nicht nur den Segen, sondern schob auch ganz ungeniert sein gelbes Händchen an den Mund des Abenteurers.

Einmal im Zuge, ging Termosesow nun noch auf Achilla zu, um sich von ihm auch segnen zu lassen. Aber dieser machte einen gewandten Kratzfuß und meinte:

„Ich bin bloß Diakon."

Hierauf drückten sie einander die Hände und Achilla lud Termosesow ein, es sich in dem Lehnsessel, hinter dem er stand, bequem zu machen. Termosesow jedoch lehnte diese Ehre höflich ab und setzte sich auf den zunächst stehenden Stuhl, während Prepotenskij, den hergebrachten Anschauungen seiner „Richtung" treu bleibend, sich möglichst weit entfernte, um gegenüber der weitgeöffneten Saaltür Platz zu nehmen.

Hiermit wollte er erstens andeuten, daß er mit der Gesellschaft im Wohnzimmer nichts gemein habe, und dann konnte er von seinem Platz aus die Bizjukina sehen, welche alles hören sollte, was er sagte. Der Lehrer empfand die dringende Notwendigkeit, sein Ansehen wieder zu heben, welches durch das Erscheinen Termosesows stark beeinträchtigt worden war, und wartete auf eine günstige Gelegenheit, Streit vom Zaun zu brechen und der Bizjukina, wenn auch nicht die Ueberlegenheit seines Geistes, so doch wenigstens die Reinheit seiner Ueberzeugung zu beweisen. Und da derjenige, welcher Streit sucht, in jedem Wort einen willkommenen Anlaß erblickt, so brauchte Warnawa auch nicht lange in Schweigen zu verharren.

Drittes Kapitel

Beim Eintreten der neuen Gäste erzählte der Adelsmarschall Plodomasow dem Propst gerade von den jüngsten Reformen im Kirchenwesen.

„Seine Eminenz ist ein Mann von großen Geistesgaben," meinte der Propst.

„Und auch ein großer Humorist," bemerkte Tuganow. „Wir haben hier einen ungeheuer arroganten Gendarmenoffizier, der sich einbildet, alles zu können."

„Das ist immer so, die Gendarmen können alles," fiel Prepotenskij ein, ohne daß man auf ihn achtete.

„Dieses Herrchen hatte in Erfahrung gebracht," fuhr Tuganow fort, „daß bei unserm Bischof noch nie jemand zu Mittag gespeist hätte, — und wettete im Klub mit dem Polizeimeister, er werde schon mal bei dem Alten essen. Ausgerechnet muß der Bischof Wind davon bekommen."

„O weh, o weh!" sagte Zacharia gedehnt.

„Besagter Kavallerist macht also Seiner Eminenz seinen Besuch am frühen Morgen und geht einfach nicht fort. Als es bereits 1 Uhr vorüber ist, kann er's natürlich vor Hunger nicht mehr aushalten und will sich verabschieden. Aber der schweigsame Bischof, der ihm die ganze Zeit zugehört hatte, ohne selbst zu reden, meinte sehr freundlich: „Wollen Sie nicht zum Essen bleiben?" Na, denkt er, die Wette ist gewonnen! Aber der Bischof ließ ihn noch eine Stunde hungern, ehe es zu Tische geht."

„Das war doch unnütz," warf Zacharia ein, „ganz unnütz."

„Warten Sie nur. Sie treten also ins Eßzimmer ein. Der Bischof bleibt vor dem Gottesbilde stehen und beginnt zu beten, — ein Gebet, dann noch eins, und ein drittes. — Es vergeht wieder eine ganze Stunde und der hungrige Gast ist fast dem Verenden nahe. „So, nun kann das Essen aufgetragen werden," sagt Eminenz endlich. Und zwei winzige Teller mit Erbsensuppe und Zwieback werden gebracht. Als sie verzehrt sind, erhebt sich der Bischof wieder und sagt: „Danken wir jetzt dem Herrn, der uns gesättigt hat." Das ward dem Kriegsmann denn doch zu viel, und während der Bischof betete, schlich er sich unbemerkt aus dem Zimmer. Der Alte erzählte es mir gestern: „Dieser Geist läßt sich durch nichts austreiben, es sei denn durch Beten und Fasten," schloß er."

(Fortsetzung folgt.)

Jammertal

Der Nachtwind durch die Luken pfeift,
und auf dem Dachstublager
zwei arme Seelen gebettet sind:
die schauen so blaß und mager.

Die eine arme Seele spricht:
„Umschling' mich mit Deinen Armen,
an meinen Mund drück' fest Deinen Mund,
ich will an Dir erwarmen."

Die andere arme Seele spricht:
„Wenn ich Dein Auge sehe,
verschwindet mein Elend, der Hunger, der Frost,
und all mein Erdenwehe."

Sie küßten sich viel, sie weinten noch mehr,
sie drückten sich seufzend die Hände,
sie lachten manchmal und sangen sogar,
und sie verstummten am Ende.

Am Morgen kam der Kommissar,
und mit ihm kam ein braver
Chirurgus, welcher konstatiert
den Tod der beiden Kadaver.

„Die strenge Witt'rung", erklärte er,
„mit Magenleere vereinigt,
hat beider Ableben verursacht, sie hat
zum mindesten solches beschleunigt."

Wenn Fröste eintreten, setzt er hinzu,
sei höchst notwendig Verwahrung
durch wollene Decken; er empfahl
gleichfalls gesunde Nahrung.

Heinrich Heine.

Erstaunte Leute

Von Ernst Preczang

Der Dukaten

Ein Dukaten lag in der Gosse, in einem ekelhaften Haufen von Kot, Schmutz und Blut.

Viele Menschen gingen vorüber, und einige erblickten das Goldstück. Sie blieben überrascht stehen, sahen verwundert und begehrlich auf die glänzende Münze und wandten sich ab. Da kam ein armer, abgerissener Landstreicher daher, dem die Elbogen aus der Jacke und die Zehen aus den Stiefeln guckten, verharrte einen Augenblick in Erstaunen und begann, mit seinem Wanderstock in dem Haufen herumzustochern. Er bemühte sich eine ganze Weile das Goldstück aus seiner Umgebung zu befreien, aber es haftete so fest in dem Schmutz, daß es der Spitze des Stockes stets wieder entglitt. Der Landstreicher sah das Vergebliche seiner Bemühungen ein, bückte sich, streckte die Hand aus, fuhr entsetzt zurück und schüttelte sich.

Inzwischen hatten sich mehrere Zuschauer angesammelt. Darunter befand sich ein feiner Herr in Pelz und Zylinder. Er war groß und stark gebaut, rauchte eine dicke Zigarre und lachte über den Landstreicher. Dann bückte er sich, griff in den Schmutz, holte den Dukaten heraus und ging davon.

„Pfui Teufel!" schrie einer.

„Was wollen Sie?" Der elegante Herr sah sich erstaunt um. „Ich habe Handschuhe an."

*

Höflichkeit

Ein Arbeiter hatte seinem Fabrikherrn eine Mitteilung zu machen, die diesem nicht angenehm war, die er aber nicht abweisen konnte. Um seinem Mißvergnügen Ausdruck zu geben, stellte er sich ans Fenster und blickte hinaus. Nach einigen Worten unterbrach der Arbeiter seine Mitteilung und sagte: „Ich wollte mich eigentlich nicht mit Ihrem Rücken unterhalten." Der Fabrikherr tat, als habe er die Bemerkung nicht gehört und malte Figuren an die Scheiben. Der Arbeiter wartete einen Augenblick und sprach dann ruhig: „Wenn Sie mich nicht anständig behandeln, verlasse ich Ihr Kontor." Da kehrte ihm der andere sein Gesicht zu und sagte empört und verwunderi: „Aber, ich habe doch noch kein Wort gesagt!"

*

Ein Undankbarer

Frau Kommerzienrat Meier hatte ein Abendbrot gegeben, und da sie ebenso sparsam wie human veranlagt war, dauerten sie einige der übriggebliebenen Reste. Sie nahm also am andern Morgen eine irdene Schüssel und arrangierte darin mit Liebe und Kunstsinn ein paar zerbrochene Krebse, verschiedene Wurstzipfel, angeknabberte Brötchen und den Rest des italienischen Salats zu einem hübschen, bunten Bilde. Es war so hübsch, daß sie selbst gerührt darüber lächeln und sich ein wenig in die Brust werfen mußte, als sie sagte: „Da, Auguste. Bringen Sie das dem Portier. Seine armen Kinder machen immer so hungrige Augen; es tut einem in der Seele weh."

Drei Minuten später war Auguste wieder da, hielt die Schüssel mit gestreckten Armen vor sich und jappte: „Er hat — er hat —"

„Um Gotteswillen, was hat er, Auguste?!"

„Er hat hineingespuckt, gnädige Frau!"

Da rollte Frau Meier entsetzt die Augen; sie war ehrlich erstaunt.

Die Heimarbeiterin

Auf der holprigen Straße eines kleinen Fabrikstädtchens im Thüringer Gebirge tummelt sich eine Schar Kinder. Gerade als ich von meinem Fenster aus hinübersah, schienen sie wieder einen besonderen Spaß zu haben. Ich beobachtete sie schon seit acht Tagen: da stand ein Häuschen; kleiner als die anderen und verwahrlost, es war lange nichts daran ausgebessert oder „frisch gestrichen" worden, die Vorhänge an den Fenstern waren vernachlässigt. Vor eines der Fenster rannten die Kinder immer wieder hin und sangen einen Reim:

„Hoppe Line — Blechmaschine,
Blechmaschine — Hoppe Line" —

Das hatten sie sich offenbar selber ausgedacht. Ab und zu rief eins dazwischen: „He, sollst rauskommen!" Wie gerne wäre das kleine Mädchen, das hin und wieder drinnen sein bekümmertes Gesicht an die Scheibe drückte, wohl herausgekommen, zu spielen wie die anderen! Und dann: der Spott mit der „Blechmaschine". Der wäre dann auch nicht.

Plötzlich reißt sie das Fenster auf, Zorn funkelt in ihren Augen . . . sie will offenbar auch etwas hinausrufen — aber, was den vielen Kindern sagen? Kann sie nichts, als ohnmächtig mit ihrer kleinen Faust drohen und schütteln?

Verzweifelt über ihre Ohnmacht, unglücklich, nicht zu den anderen hinaus zu dürfen, wirft sie sich über den Tisch, erregt und schluchzend. Da, vor ihr liegt ihre Arbeit: bis sie damit fertig ist, wird es dunkel, und die anderen draußen sind nach Haus gegangen. Auf dem Tisch liegt ein Haufen blecherner Löffelchen, Puppenlöffelchen. Da muß sie die schlechten, die nicht richtig gestanzt sind oder sonst Fehler haben, herauslesen, die andern aber in feste Päckchen zu 50 und 100 zusammenfassen und einwickeln in kleine Papierecken, die die Mutter vorher geschnitten hat. Die Kleine ist noch nicht acht Jahre alt. Anfangs, als die Mutter nach Vaters Tod die Löffelchen brachte, hatten sie ihr ganz gut gefallen, die blanken Dinger, sie mochte mit ihnen spielen. Die fehlerhaften waren manchmal noch ganz gut zu gebrauchen, manche waren gerade hübsch auf einer Seite lackiert und paßten nicht zu den übrigen. Die sammelte sie. Aber schließlich — nun jeden Tag diese Löffelchen und sonst nichts. Sie hatten auch scharfe Kanten und die Hände taten weh, wenn sie einige Stunden abgezählt und eingepackt hatte. Und dann immer dieses Klirren des Blechs.

Die Kinder draußen, mit denen sie so gerne gespielt hätte, nannten sie darum „Blechmaschine" — das reimt sich so gut auf „Hoppe — Line"! Das war nicht bös gemeint, aber die kleine Line, die Heimarbeiterin von acht Jahren, schmerzte es. Sie schämte sich und blickte scheu zur Mutter hin, ob sie wohl sähe, daß sie wieder weinte. Die stand dort beim Herd am Waschfaß. Sie hörte und sah alles, aber was sollte sie sagen! Die Kinder lagten schon das Richtige, dachte sie bitter, Line arbeitete schon wie eine kleine Maschine — was aber sollte sie da tun? Jetzt im Sommer machte sie die Wäsche für die Sommergäste, das brachte noch einen hübschen Nebenverdienst — aber die Arbeit aus der Fabrik will sie darum nicht verlieren, die muß die Kleine für sie tun, sonst hilft sie ihr ja ohnehin dabei. Jetzt aber, da sie's allein schaffen soll, hat sie kaum Zeit für Schularbeiten. Und sie hat sich so auf den Sommer gefreut, auf das Spielen draußen, auf das Spazierengehen, Beerensuchen im Wald — das wäre doch eine Abwechslung!

Nun, es geht ihr doch nicht allein so. Da, am anderen Ende des Tisches sitzt ihr älterer Bruder. Er schnitzt Pferdebeinchen zurecht für die Spielwarenfabrik oben am Waldrand. Ach, hätte er doch mal wenigstens ein solches schönes buntes Pferdchen dafür mitnehmen können, wenn er seine Arbeit abliefern ging. Sie hätten dann wenigstens im Zimmer ein hübsches Spielzeug gehabt. Aber daran dachte wohl niemand, daß sie auch mal Lust hatten zu spielen. Die Mutter? Nun, ja, vielleicht dachte sie daran — aber was hilft's — die Arbeit alle muß geschafft werden, wenn sie alle drei leben wollen. Wenigstens können sie noch Oel zu den Kartoffeln kaufen; es ist billiger als Margarine, und vor allem sparsamer.

Da pocht es an die Tür; die Kleine fährt aus ihren Gedanken in die Höhe. Die Kinder auf der Straße sind fortgelaufen . . . Wer hereinkommt, der kleine Junge, er ist nicht einer von denen da draußen. Er war schon einmal da . . . er hat ein Paket Zeitungen unter dem Arm. Eine davon hält er in die Höhe: „Der junge Genosse". Das ist die neue Zeitung, sie weiß, sie hat einmal gesehen, wie der Junge dafür verprügelt wurde, daß er sie austrug, das war schlimmer als die „Blechmaschine". Sie bewunderte seinen Mut, daß er wiederkommt mit diesen Zeitungen. Sie blickt scheu zur Mutter hin: wird sie heute eine kaufen? Es sind doch Bilder darin— sie haben ja kein Bilderbuch mehr bekommen, seit Vater tot ist und überall gespart werden muß. Der Bruder blickt auch verlangend nach den Zeitungen. Er steht auf und nimmt eine in die Hand. Da kommt auch die Mutter vom Waschfaß . . . sie sieht sich ein wenig ängstlich um . . . dann gibt sie sich einen Ruck und geht an die Schublade, wirklich, um die paar Groschen zu holen, die die Zeitung kosten soll. Einmal müssen die Kinder eine Freude haben, dafür, daß sie arbeiten. Und dann — diese Zeitung! mochten die Kinder hier lernen, die Antwort auf das „Blechmaschine" der Bevorzugten finden. Seit acht Wochen geht sie doch heimlich zu den Kommunisten — immer in Angst, ihre Arbeit zu verlieren . . . aber trotzdem! Nein, gerade darum. Sie will mithelfen, daß ihre Kinder einmal nicht wie sie ein solches Zimmerleben führen müssen!

Aus der Broschüre: „Aus dem Leben einer Arbeiterin". (Vereinigte intern. Verl.-Anstalten, Viva, Berlin.)

Henri Guilbeaux über Weltliteratur. Der französische Schriftsteller Henri Guilbeaux, der wegen kriegsgegnerischer Propaganda in Frankreich zum Tode verurteilt ist und in Sowjet-Rußland eine neue Heimat fand, weilte in besonderer Mission des Volkskommissars für Bildung und Unterricht, Lunatscharski, in Deutschland, um die literarische Beziehungen zwischen Deutschland und Sowjet-Rußland aufzunehmen. Vor kurzem sprach er in Berlin über: „Der Geist des neuen Rußland und die kommende Weltliteratur". Vor einem erwählten Publikum, das französisch verstand, skizzierte Genosse Guilbeaux die bekanntesten revolutionären Dichter: Tolstoi, den Quäker-Moralist, den wilden Dostojewski, Gorki, den heldenhaften Kleinbürger, Block, der als Fatalist die Revolution weder als Gutes noch als Schlechtes annimmt. Mit Begeisterung nannte er Majakowski einen rohen, farbigen Denker, der seine Poeme beitelt: 150 Millionen. Diesen Roman schreiben mit mir 150 Millionen Menschen auf die Steine jeder Straße. — Rubiner, Toller brauch ich nicht zu beschreiben, sagte Guilbeaux. Diese sind wohl allen bekannt. Er erinnerte an die Meinungsverschiedenheit zwischen Barbusse und Romain Roland und sagte von Marcel Martinet, Verfasser des Dramas „Die Nacht": Martinet ist unser französischer Majakowski. Der junge Jean de St. Prix, ein persönlicher Freund Guilbeaux, und der revolutionäre Flame Claessens geben die besten Aussichten. Kurz gesagt, es gibt noch keine revolutionäre Kunst in Rußland. Aber es sind Bestrebungen nach etwas Neuem, Gegensätze zur Ruine der bürgerlichen Poesie vorhanden. Man merkt einen aufbauenden Geist mit einem fieberhaften Tempo, den kämpfenden Menschen gegen die Weltungerechtigkeiten. — Henri Guilbeaux stammt aus den Ardennen, der deutsch-französischen Grenze Seine dünnen Lippen bedeuten Entschlossenheit, seine tiefen Augenhöhlen verraten den geistigen Arbeiter und die damit verbundenen Entbehrungen. Seine Anwesenheit in Deutschland kann nur unserm internationalen Ideal dienen.

Maxim Benzus.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230103-18/fragment/page=0006